Niederschrift

(HFGPA/009/2018)

über die 9. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 17.10.2018, 16:00 - 17:15 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Sitzungspause: 16:05 – 16:15 Uhr

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:15 Uhr

4. Mitteilungen zur Kenntnis
Keine Mitteilungen.
- 4.1. Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge 13/269/2018
Kenntnisnahme
- 4.2. Aktualisierung der "Vorhabenliste - Überblick Planung und Vorhaben" 13/270/2018
Kenntnisnahme
5. Umsetzung Inklusive Verwaltung bei der Stadt Erlangen,
hier: Beschluss inklusiver Teihabepool(13-3/012/2018) sowie Nr. 3
des Antrages Nr. 020/2017 der ÖDP zur Leichten Sprache 13/267/2018
Beschluss
6. Kommunale Mietpreisbremse; 13/268/2018
hier: Antrag der SPD-Fraktion Nr. 053/2018 vom 12.04.2018
Gutachten
7. Erlangen AG Technologie Scouting & Marketing i. L.:
Jahresabschluss 2017 und Liquidationseröffnungsbilanz zum
01.01.2018 BTM/029/2018
Beschluss
8. Mittelbereitstellungen
- 8.1. Mittelbereitstellung für Brandschutz-, Arbeitsschutz- und
Verkehrssicherungsmaßnahmen 771/024/2018
Beschluss
- 8.2. Mittelbereitstellung für die Tonsanierung des Markgrafentheaters bzw.
Brandlastverringerungsmaßnahme ehemalige Horträume/Langhaus 44/047/2018
Gutachten

8.3.	Mittelbereitstellung für die Nachzahlung von Kanalbenutzungsgebühren an den EBE (Endabrechnung 2017)	66/277/2018 Beschluss
9.	Zwischenberichte der Ämter zum Budget und Arbeitsprogramm 2018	
9.1.	Zwischenbericht des Amtes 52- Budget und Arbeitsprogramm 2018- Stand 31.07.2018	52/191/2018 Beschluss
9.2.	Zwischenbericht des Amtes 44 Budget und Arbeitsprogramm 2018 - Stand 31.07.2018	44/045/2018 Beschluss
9.3.	Zwischenbericht des Amtes 51 Budget und Arbeitsprogramm 2018 - Stand 31.07.2018	510/049/2018 Beschluss
9.4.	Zwischenbericht des Amtes 47 Budget und Arbeitsprogramm 2018 - Stand 31.07.2018	47/068/2018 Beschluss
10.	Fuhrparkmanagement; Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe Nr. 102/2018 vom 02.07.2018	111/005/2018 Beschluss
11.	Änderung der Satzung für die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr; Erlass einer Änderungssatzung	30/087/2018 Gutachten
12.	Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung: Bestands- und Planungsbericht 2018	51/162/2018 Gutachten
13.	Bedarfsfeststellung für weitere Spielstubenplätze im Kindergartenplanungsbezirk 08-Innenstadt III (Rathenau)	511/062/2018 Gutachten
14.	Bedarfsanerkennung für eine Kindertageseinrichtung mit 24 Krippen- und 50 Kindergartenplätzen; Neubau durch die GBW-Gruppe im Stadtteil Rathenau; Hans-Geiger-Straße	512/058/2018 Gutachten
15.	Bedarfsanerkennung für 12 Krippen- und 50 Kindergartenplätze im katholischen Kindergarten Albertus Magnus im Stadtteil Frauenaarach	512/059/2018 Gutachten
16.	Bedarfsanerkennung für 5 Krippen-, 85 Kindergartenplätze und 38 Plätze für Kinder im Grundschulalter im katholischen Kindergarten Herz Jesu (Innenstadt)	512/060/2018 Gutachten
17.	Festsetzung der Kosten der Unterkunft 2018 im Stadtgebiet Erlangen	55/023/2018 Gutachten

18.	Entgeltordnung für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reproduktion bei der Stadt Erlangen;
hier: diverse Änderungen und Anpassungen	612/040/2018
Beschluss
19.	Anfragen	

TOP 4

Mitteilungen zur Kenntnis

Keine Mitteilungen

TOP 4.1

13/269/2018

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge

Sachbericht:

Die als Anlage beigefügte Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im Zuständigkeitsbereich HFPA zum 04. Oktober 2018 auf; sie enthält die Informationen der Referats- und Amtsbereiche, für die der HFPA zuständige Fachausschuss ist.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 4.2

13/270/2018

Aktualisierung der "Vorhabenliste - Überblick Planung und Vorhaben"

Sachbericht:

In Zusammenarbeit mit allen Fachämtern wurden die Einträge in der „Vorhabenliste – Überblick Planung und Vorhaben“ unter www.erlangen.de/mitgestalten aktualisiert und neue Vorhaben aufgenommen. Ab Mitte Oktober wird die Vorhabenliste auch gedruckt in vielen städtischen Dienststellen zur Verfügung stehen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 5

13/267/2018

**Umsetzung Inklusive Verwaltung bei der Stadt Erlangen,
hier: Beschluss inklusiver Teihabepool(13-3/012/2018) sowie Nr. 3 des Antrages Nr.
020/2017 der ÖDP zur Leichten Sprache**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung an den Angeboten der Stadtverwaltung hängt maßgeblich von ihrer inklusiven Planung und Durchführung ab.

Hierzu zählen:

- a) Die technischen Voraussetzungen im Sinne der Barrierefreiheit der Veranstaltung
- b) Der barrierefreie Zugang zu Informationen

Daraus folgt ferner:

- c) Erforderliches Wissen über inklusive Maßnahmen und Veranstaltungen für Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Um die genannten Ziele zu erreichen, wird folgendes getan:

Zu a) Die technischen Voraussetzungen im Sinne der Barrierefreiheit der Veranstaltung:

- Umsetzung des inklusiven Hilfsmittelpools, bestehend aus einer mobilen FM-Anlage für Menschen mit Hörbehinderungen, einheitlichen Piktogrammen sowie einem mobilen Endgerät für Videodolmetschen der Gebärdensprache

Zu b) barrierefreier Zugang zu Informationen:

- Rathausreport mit Zusammenfassungen „Kurz und einfach“ (umgesetzt)
- Die Homepage des Theaters bietet Informationen in Leichter Sprache (umgesetzt)
- Die Stadtbibliothek hat eine Abteilung eingerichtet, in welcher Bücher in leichter Sprache zu finden sind. Daneben hat die Stadtbibliothek einen Flyer zur Benutzung der Stadtbibliothek in leichter Sprache entwickelt, der auch gerne von Migranten genutzt wird.
- Auf der Webseite der Stadtbibliothek sowie der Webseite des Theaters gibt es daneben eine Rubrik häufig gestellter Fragen in leichter Sprache. (umgesetzt)
- Kulturführer in leichter Sprache für neu zugezogene Kinder und Jugendliche vom Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (umgesetzt)
- Aufklärung über Möglichkeiten einfacherer Sprachniveaus als Alternative bzw. Ergänzung zur Leichten Sprache
- Potenziale der leichten und einfachen Sprache für andere Zielgruppen in den Ämtern der Stadtverwaltung verdeutlichen (Migration und leichte bzw. einfache Sprache)
- Homepage-Relaunch vor dem Hintergrund der technischen Barrierefreiheit (in Umsetzung)
- Barrierefreie digitale Dokumente (geplant)

- Ausbau des Gebärdendolmetschens

Zu c) Erforderliches Wissen über inklusive Maßnahmen und Veranstaltungen für Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung

- Mitarbeiterfortbildung zum Thema „Leichte Sprache – Kommunikation in verständlicher Form“ (umgesetzt, Ausbau geplant).
- Strukturierter Zugang zu Informationen für inklusives Veranstaltungsmanagement im Intranet
- Bewerbung des Hilfsmittelpools
- Leitfäden für inklusive Angebote
- Beratung einzelner Ämter und Abteilungen

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

- Entwicklung weiterer Maßnahmen in Kooperation mit den Ämtern der Stadtverwaltung
- Einbeziehung externer Dienstleister
- Abstimmung der Bedarfe mit Behindertenverbänden
- Umsetzung einer barrierefreien Website sowie Einführung barrierefreier Dokumente
- Anschaffung erster technischer Hilfsmittel

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€ 8.000,00	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten Jahresgebühr Dolmetsch-App	€ 100,00	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Auf Antrag von Frau StRin Grille findet eine getrennte Abstimmung zu den Nummern 1-3 sowie 4 statt:

1. Die Förderung von Inklusion stellt für die Stadt Erlangen nicht nur die verpflichtende Umsetzung der Behindertenrechtskonvention dar, sondern ist auch ein wichtiger Bestandteil einer „Stadt für alle“. Hierzu gehört auch eine inklusive Verwaltung, die ihre Angebote und Informationen so organisiert und plant, dass diese von allen Bürger*innen, unabhängig von möglichen Behinderungen, nutzen können.
2. Die Verwaltung wird beauftragt an dem Thema Leichte Sprache bzw. einfache Sprache weiter zu arbeiten und das Angebot in Leichter bzw. einfacher Sprache auszubauen. Hinsichtlich der Barrierefreiheit wird die Verwaltung damit beauftragt, den mit Beschluss 13-3/012/2016 genannten inklusiven Hilfsmittelpool umzusetzen.

3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 8000€ werden zum Haushalt 2019 angemeldet.
Beschluss des Stadtrates: mit 14 gegen 0 Stimmen **angenommen**

4. Nr. 3 des Antrags der ÖDP Nr. 020/2017 zur Barrierefreiheit und Leichte Sprache in der Erlanger Stadtverwaltung ist damit abschließend bearbeitet.
Beschluss des Stadtrates: mit 13 gegen 1 Stimmen **angenommen**

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Förderung von Inklusion stellt für die Stadt Erlangen nicht nur die verpflichtende Umsetzung der Behindertenrechtskonvention dar, sondern ist auch ein wichtiger Bestandteil einer „Stadt für alle“. Hierzu gehört auch eine Inklusiv Verwaltung, die ihre Angebote und Informationen so organisiert und plant, dass diese von allen Bürger*innen, unabhängig von möglichen Behinderungen, nutzen können.
2. Die Verwaltung wird beauftragt an dem Thema Leichte Sprache bzw. einfache Sprache weiter zu arbeiten und das Angebot in Leichter bzw. einfacher Sprache auszubauen. Hinsichtlich der Barrierefreiheit wird die Verwaltung damit beauftragt, den mit Beschluss 13-3/012/2016 genannten inklusiven Hilfsmittelpool umzusetzen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 8000€ werden zum Haushalt 2019 angemeldet.
4. Nr. 3 des Antrags der ÖDP Nr. 020/2017 zur Barrierefreiheit und Leichte Sprache in der Erlanger Stadtverwaltung ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 6

13/268/2018

**Kommunale Mietpreisbremse;
hier: Antrag der SPD-Fraktion Nr. 053/2018 vom 12.04.2018**

Sachbericht:

Ausgangslage

Die hohen Mietkosten in Erlangen werden quer durch die Bevölkerungsschichten als Belastung empfunden. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU hat den satzungsgemäßen Auftrag, für eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung in Erlangen zu gesamtwirtschaftlich vertretbaren Bedingungen zu sorgen.

Die Landeshauptstadt München hat für ihre städtischen Wohnungsbaugesellschaften Ende Juli die Einführung einer kommunalen Mietpreisbremse beschlossen, nachdem die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Gewofag Mieterhöhungen bis zur gesetzlich zulässigen Grenze von 15 % angekündigt hatte. Per Aufsichtsratsbeschluss sollen die Mieterhöhungen von den gesetzlich möglichen 15% binnen 3 Jahren auf maximal 10 % innerhalb von 5 Jahren bis zu einer Mietobergrenze von max. 90% des aktuellen Mietpiegels abgesenkt werden.

Außerdem soll die Modernisierungsumlage von den rechtlich möglichen 11% freiwillig auf 5% sowie auf 3 € pro qm innerhalb von 6 Jahren begrenzt werden. So soll verhindert werden, dass der Mietpiegel durch die Mieten der kommunalen Wohnungsgesellschaften steigt. Daneben soll die Bindungsdauer für bestimmte geförderte Bauvorhaben auf städtischen Flächen von 40 auf 60 Jahre erhöht werden.

Die Fraktion der Erlanger SPD hat im April 2018 die Münchner Diskussion aufgegriffen. Sie fragt nach dem Vorgehen in Erlangen und danach, ob Regelungen wie in München auch in Erlangen denkbar sind. Angesprochen ist nicht nur der freifinanzierte, sondern auch der frei geförderte EOF-Wohnungsbestand.

Nicht zu dieser Gruppe gehören die bis Ende der 90er Jahre geförderten Wohnungen (öffentlich geförderte Wohnungen; i.d.R. der sog. 1. Förderweg). Diese unterliegen dem Kostenmietprinzip. Die Mietanpassungen sind „nur“ im gesetzlichen Rahmen der Wohnbauförderbestimmungen sowie der II. Berechnungsverordnung möglich.

Zur 1. Fragestellung des Fraktionsantrags:

„Ist eine Selbstverpflichtung der GEWOBAU oder ein entsprechender Gesellschafterbeschluss möglich, der die Mietanpassungen bei der GEWOBAU - bei Bestandsmieten wie bei Neuvermietungen, bei geförderten und bei frei geförderten Wohnungen – auf einen Wert deutlich unterhalb der Kappungsgrenze vermindert und sich z.B. am Fortschritt der Kosten für den Unterhalt der Wohnungen orientiert?“

Stellungnahme GEWOBAU:

Rund 56 % der Mieten des frei finanzierten und frei geförderten Wohnungsbestandes der GEWOBAU liegen unterhalb des Unterwertes des Erlanger Mietenspiegels. Rund 99 % des frei finanzierten und frei geförderten Wohnungsbestands liegt unterhalb des Mittelwertes des Erlanger Mietenspiegels.

Der Aufsichtsrat überprüft die Mietpreisgestaltung der GEWOBAU laufend und gibt die Grundsätze der Mietpreispolitik schon seit jeher vor. Insbesondere werden auch Kappungen von Mietpreiserhöhungen – wie zuletzt in der Housing Area – mit dem Aufsichtsrat beraten. Sozial unausgewogene Mietanpassungen hat es in der Vergangenheit nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben. Die preisdämpfende Wirkung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ist damit bereits gelebte Praxis. Ein weiterer Regelungsbedarf besteht aus Sicht der GEWOBAU aufgrund der praktizierten Mietpolitik nicht:

a) Im Neubau muss die GEWOBAU grundsätzlich eine angemessene Eigenkapitalverzinsung einplanen. Das führt bei den EOF-Mieten derzeit zu einer Inflationierung der Bewilligungsmieten um rd. 1,4 % p.a. (rd. 4,3 % alle 3 Jahre). Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bauen und Verkehr prüft derzeit, die Förderbedingungen anzupassen. Im Gespräch sind Mietsteigerungen von maximal 2,5 % p.a., also rd. 7,5 % alle 3 Jahre.

Das Münchner Modell, Mieterhöhungen auch bei EOF-Mieten nur noch in Höhe von maximal 10 % innerhalb von 5 Jahren zuzulassen, würde in Erlangen bei entsprechender Umsetzung jedenfalls beim aktuellen Baukostenpreisindex zu Mietpreissteigerungen führen.

b) Bei den frei finanzierten Bestandsmieten erhöht die GEWOBAU seit Jahren grundsätzlich um weniger als 2 % p.a., also unterhalb der durchschnittlichen Inflationsrate der vergangenen 30 Jahre. Im Durchschnitt liegen die Anpassungen bei rd. 5 % in 3 Jahren und werden bei ca. 20 € je Mietverhältnis gekappt. Darüber hinaus bietet die GEWOBAU Mietern, die sich nachweislich die Mietanpassung nicht leisten können, Subjektförderung an und nimmt damit einen weiteren freiwilligen Mietverzicht hin. Diese freiwilligen Ertragsverzichte betragen in 2017 insgesamt 55,5 T€. Bei Neuvermietungen im frei finanzierten Bereich orientiert sich die GEWOBAU am Mittelwert des Erlanger Mietenspiegels.

Bei umfassenden Sanierungen wird die Modernisierungsumlage sehr deutlich reduziert, zuletzt auf rd. 5 % in der Housing Area. Auch hier orientiert sich die Höhe der Kappung an der notwendigen EK-Verzinsung der relevanten Baumaßnahmen.

Auch für die Bestandsmieten der GEWOBAU gilt, dass das Münchner Modell, das Mieterhöhungen von nur noch maximal 10% innerhalb von 5 Jahren vorsieht, umgesetzt werden könnte, jedenfalls unter der Nebenbedingung, dass die Lebenshaltungskosten den aktuellen Wachstumspfad beibehalten. Tatsächlich ergäben sich auch in diesem Fall zunächst immer noch Mieterhöhungsspielräume.

Die Belegrechtsmiete der Stadt Erlangen für rd. 600 (ehemals) frei finanzierte Wohnungen der GEWOBAU entspricht mit 5,30 €/m² in etwa der Durchschnittsmiete des Bestandes der GEWOBAU einschließlich der freifinanzierten Wohnungen. Diese liegen noch unter den Kosten der Unterkunft (KdU).

Sollten künftig, wie von der Stadt München von ihren Wohnungsunternehmen gefordert, Renditeaspekte in den Vordergrund gestellt werden oder nach 2020 durch den (die) Gesellschafter Ausschüttungen (EK02) angedacht sein, wird durch eine solche Selbstverpflichtung der finanzielle Spielraum der GEWOBAU allerdings eingeschränkt.

Zur 2. Fragestellung des Fraktionsantrags:

„Ist eine „freiwillige“ Verlängerung der Sozialbindung geförderter Wohnungen bei der GEWOBAU z.B. auf 60 Jahre möglich? Welche Kosten wären damit gegebenenfalls für die Stadt verbunden (u.a. über die Systematik der EOF-Förderung.“

Stellungnahme GEWOBAU:

Im Sinne des Wohnungsbindungsgesetzes ist die Stadt Erlangen als „Gebiet mit erhöhtem Wohnraumbedarf“ anerkannt. Ihr obliegt daher die Vergabe der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtgebiet Erlangen. Der Großteil der zum 31.12.2017 im Bestand vermieteten öffentlich geförderten Wohnungen (1. Förderweg) unterliegt, theoretisch wegen der 1-%igen Tilgung aus den Förderdarlehen, noch Jahrzehnte der Belegungsbindung. Die ohnehin sehr günstigen Fördermieten in diesem Bereich wurden in der Vergangenheit auch nach Wegfall der Mietpreis- und Belegungsbindung wie oben beschrieben angepasst.

Anders verhält es sich hier bei den frei geförderten EOF-Wohnungen. Hier betrug die Sozialbindung bisher 25 Jahre. Zu diesem Zeitpunkt fiel die Subjektförderung in Höhe von derzeit zum Beispiel 5,00 €/qm in der Einkommensstufe 1 weg. Bei einer 60-m²-Wohnung würde dies c. p. zusätzliche Kosten in Höhe von 300,00 €/mtl. Bedeuten. Regierung und das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bauen und Verkehr haben nach Rücksprache mit dem VdW (Verband der bayerischen Wohnungswirtschaft) aber zwischenzeitlich reagiert und den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt, die Belegungsbindung auf 40 Jahre auszuweiten. Die GEWOBAU wird diese Möglichkeit in Anspruch nehmen.

Die GEWOBAU begrüßt diese Verbesserung der Förderbedingungen. Auf die Stadt Erlangen kommen durch die beschriebene Verbesserung der Förderbedingungen keine zusätzlichen Kosten zu.

Sollte eine zeitlich darüber hinaus gehende kommunale Verlängerung angeboten werden und würde der Freistaat Bayern hierzu keinen Ausgleich bieten, müsste die bisherige Subjektförderung von der Stadt übernommen werden, also in der Einkommensstufe 1 im obigen Beispiel 5 €/qm.

Zur 3. Fragestellung des Fraktionsantrags:

„Wie könnte eine Kampagne der Stadt aussehen, die Vermieterinnen und Vermieter herausstellt, die sich auf vergleichbare Beschränkungen verpflichten? Ist ein Label „fairer Vermieter/ fairer Vermieter“ denkbar?“

Stellungnahme GEWOBAU und Verwaltung:

Der Verband der Wohnungswirtschaft hat vergleichbare Labels aufgelegt. Allerdings findet der soziale Wohnungsbau ganz überwiegend in den kommunalen Wohnungsgesellschaften, teilweise auch in den kirchlichen Unternehmen statt. Da die Kommunen aber durchaus auch an privaten Investoren, aber auch an Bautätigkeit der Kommunen interessiert sind, sollte auch hier ein gemeinsames Vorgehen der bayerischen Kommunen angedacht werden. Die GEWOBAU ist seit Jahrzehnten ein fairer Vermieter. Das ergibt sich aus den beschriebenen Kennziffern in Verbindung mit der jeweiligen Standort- und Gebäudequalität.

Für ein städtisches Label müsste ein Kriterienkatalog erstellt, Budget bereitgestellt, Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Jury verpflichtet und das Design erstellt werden. Um Vermieterinnen und Vermieter als Teilnehmer zu finden, bedarf es einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit. Bisher gibt es dafür weder die finanziellen, noch die personellen Ressourcen. Auch die Kontakte zu privaten Vermieterinnen und Vermietern entstehen in der Regel nicht im Zusammenhang mit positiven Erfahrungen mit Vermieterinnen und Vermietern, sondern eher aufgrund von Konflikten.

Die Verwaltung gibt außerdem zu bedenken, dass mit solchen Labels in der Bevölkerung in der Regel unterschiedliche Erwartungen verbunden werden, die bei der Vergabe des Labels nicht alle berücksichtigt werden können. Im konkreten Fall impliziert „fair“ wesentlich mehr als eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Nichtausschöpfung der gesetzlich zulässigen Mieterhöhungspotentiale. Ein derartiges Label könnte daher in der Bevölkerung im Einzelfall erhebliche Verärgerung auslösen. Eventuell können – ähnlich wie in München, wo ein Radiosender sowie das Netzwerk Wohnungslosenhilfe eine Kampagne initiiert haben - private Initiativen z.B. von Medienvertretern oder einschlägigen Organisationen angeregt werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag von Herrn StR Volleth als Einbringung behandelt.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 7

BTM/029/2018

**Erlangen AG Technologie Scouting & Marketing i. L.:
Jahresabschluss 2017 und Liquidationseröffnungsbilanz zum 01.01.2018**

Sachbericht:

Sachstand

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 07.12.2017 wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung der Erlangen AG Technologie Scouting & Marketing (kurz: Erlangen AG) am 22.12.2017 beschlossen, die Gesellschaft zum 31.12.2017 aufzulösen. Als Abwickler wurden die bisherigen Vorstände Herr Matthias Hiegl und Herr Konrad Beugel bestellt. Die Liquidation wurde am 05.01.2018 ins Handelsregister eingetragen und der Gläubigeraufruf am 02.02.2018 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Damit begann die einjährige Sperrfrist bis zur frühestmöglichen endgültigen Löschung der Gesellschaft im Handelsregister.

Während der Liquidationsphase besteht die Gesellschaft im Wesentlichen in ihrer bisherigen Organisationsform weiter. Statt eines Vorstands stehen der Gesellschaft nun Abwickler vor, deren Aufgabe es ist, neben dem Jahresabschluss für das letzte Geschäftsjahr als „werbende“ Gesellschaft zu Beginn der Liquidationsphase eine sog. Liquidationseröffnungsbilanz aufzustellen, um dann die dort aufgeführten verbliebenen Vermögensgegenstände zu verwerten sowie die Schulden zu begleichen. Der Aufsichtsrat behält seine Überwachungsfunktion, gibt aber in der Liquidationsphase gemäß § 270 Abs. 2 AktG die Zuständigkeit für die Feststellung des Jahresabschlusses an die Hauptversammlung ab.

In der ersten ordentlichen Hauptversammlung der Erlangen AG i.L. während der Liquidationsphase sind daher folgende Beschlüsse zu fassen, für die der städtische Vertreter nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrates die Zustimmung des Stadtrates benötigt:

Beschlussanträge 1 und 2: Feststellung des Jahresabschlusses 2017, Beschluss zur Ergebnisverwendung

Die **Bilanz** des letzten Geschäftsjahres vor dem Liquidationsbeschluss (**Anlage 1**) schließt mit einer Summe von 12.429,41 € (Vj.: 16.644,31 €) ab. Die **Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2)** weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.567,06 € (Vj.: 4.247,47 €) aus.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist abgeschrieben und nicht mehr werthaltig. Das Umlaufvermögen setzt sich aus liquiden Mitteln (11.681,83 € zum Bilanzstichtag) und Umsatzsteuerforderungen zusammen. Der Jahresfehlbetrag resultiert vor allem aus Kosten für Verwaltung, Buchführung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und Auflösungsbeschluss. Erlöse wurden aufgrund der Einstellung des Geschäftsbetriebs im Geschäftsjahr 2017 nicht erzielt.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steinacker Müller Dehner Partnerschaft mbB hat auftragsgemäß die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2017 nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW)

festgestellten Grundsätze durchgeführt. Die Prüfung hat zu **keinen Einwendungen** geführt. Auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gem. § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes wurde angesichts der begrenzten Mittel wegen Unwesentlichkeit verzichtet.

Es obliegt der Hauptversammlung, den Jahresabschluss nach Prüfung und Billigung durch den Aufsichtsrat festzustellen. Die Abwickler schlagen vor, den Jahresverlust 2017 in Höhe von 4.567,06 € zusammen mit Verlustvortrag aus dem Wirtschaftsjahr 2016 in Höhe von 38.023,09 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Beschlussanträge 3 - 5: Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand

Als Aktionärsvertreter vertritt Herr Oberbürgermeister Dr. Janik die Stadt in der Hauptversammlung. Bei der Entlastung des Aufsichtsrates ist eine Abstimmung des Oberbürgermeisters nicht möglich, da er sich nicht selbst entlasten kann. In Abstimmung mit dem Rechtsamt, dem Revisionsamt und dem Beteiligungsmanagement wird vorgeschlagen, dass die Stimmabgabe schriftlich durch Frau Bürgermeisterin Lender-Cassens als gesetzlicher Vertreterin des Oberbürgermeisters erfolgt.

Beschlussantrag Nr. 6: Feststellung der Liquidationseröffnungsbilanz zum 01.01.2018

Gemäß § 270 Abs. 1 AktG haben die Abwickler eine Liquidationseröffnungsbilanz zum 01.01.2018 mit erläuterndem Bericht aufgestellt (**Anlagen 3 und 4**). Sie entspricht der Bilanz zum 31.12.2017. Auf Antrag hat das Registergericht die Erlangen AG i.L. aufgrund der überschaubaren Vermögensverhältnisse und der knappen verbliebenen Mittel von der Prüfungspflicht der Eröffnungsbilanz und der nachfolgenden Jahresabschlüsse befreit.

Nach Prüfung durch den Aufsichtsrat ist die Liquidationseröffnungsbilanz von der Hauptversammlung festzustellen.

Ausblick

Da es keine Vermögensgegenstände zu verwerten und keine weiteren Verbindlichkeiten zu tilgen gibt, ist geplant, den Jahresabschluss 2018 als Schlussbilanz der Gesellschaft aufzustellen und die Löschung der Gesellschaft nach Ablauf der Sperrfrist im Frühjahr 2019 zu beantragen. Es wird erwartet, dass die noch vorhandenen flüssigen Mittel knapp ausreichen, um die noch anfallenden Kosten bis zur Löschung der Gesellschaft zu begleichen. Eventuell noch vorhandene flüssige Mittel werden nach Anteilsquoten unter den verbliebenen Aktionären verteilt.

Nachdem seitens der Stadt Erlangen ursprünglich geplant war, alle Aktien der Erlangen AG zu erwerben, um die Gesellschaftshülle anderweitig verwenden zu können, wurde den Aktionären im vergangenen Jahr das Angebot unterbreitet, ihre Aktien zum Kaufpreis von 1 € an die Stadt zu veräußern. 8,2% der Aktien wurden daraufhin an die Stadt verkauft, während sich noch 8,95 % in Fremdbesitz befinden. Da die Stadt ihre Zusage, alle Aktien zu erwerben, nicht einhalten konnte, und daher statt einer anderweitigen Verwendung der Gesellschaftshülle die Abwicklung der Gesellschaft erforderlich wurde, soll den ausgeschiedenen Aktionären gemäß ihrer ursprünglichen

Anteilsquote ein Anteil am gegebenenfalls verbleibenden Liquidationserlös angeboten werden (in Summe höchstens dreistellig).

Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt den Vertreter der Stadt Erlangen, in der ordentlichen Hauptversammlung der Erlangen AG Technologie Scouting & Marketing i.L. folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2017,
2. Vortrag des Jahresfehlbetrags 2017 in Höhe von 4.567,06 € zusammen mit Verlustvortrag in Höhe von 38.023,09 € aus dem Wirtschaftsjahr 2016 auf neue Rechnung,
3. Zulässigkeit der schriftlichen Stimmabgabe bei der Entlastung des Aufsichtsrates,
4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017,
5. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2017,
6. Feststellung der Liquidationseröffnungsbilanz zum 01.01.2018.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 8

Mittelbereitstellungen

TOP 8.1

771/024/2018

Mittelbereitstellung für Brandschutz-, Arbeitsschutz- und Verkehrssicherungsmaßnahmen

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung 0 €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 0 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 0 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von 0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 0 €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **123.000 €**

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig für das Haushalts-/Wirtschaftsjahr 2018

2. Ergebnis/Wirkungen

- a) Gebäudeertüchtigung zur Einhaltung des Brandschutzes
- b) Taubenabwehrmaßnahmen Fahrzeughalle (Arbeits- und Gesundheitsschutz)
- c) Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht auf Forst- und Waldwegen

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

- a) Gebäudeertüchtigung zur Einhaltung des Brandschutzes:
 Ein Brandschutzgutachten für ein Bestandsgebäude auf dem Betriebsgelände EB 77 hat ergeben, dass einige bauliche Maßnahmen erforderlich sind, um die Auflagen des Brandschutzes zu erfüllen. Von der Gesamtkostenschätzung über 120.000 € ist 1/3 relevant für das (Zuschuss-)Sachmittelbudget des EB 77.
 Da die baulichen Maßnahmen der Sicherheit der Beschäftigten und dem Schutz des Sachwertes dienen, sind sie zwingend notwendig und auch nicht in das HH-Jahr 2019 verschiebbar.

- b) Taubenabwehrmaßnahmen Fahrzeughalle (Arbeits- und Gesundheitsschutz):
 In der Fahrzeughalle des EB 77 besteht ein massives Taubenproblem. Verunreinigungen durch Taubenkot führen zu Belastungen für die Beschäftigten und zu Beeinträchtigungen im Betriebsablauf. Die Kostenschätzung für bauliche Maßnahmen zur Abwehr der Tauben und für intensive Reinigungen durch eine Spezialfirma liegt bei 70.000 €. 1/3 davon ist für das (Zuschuss-)Sachmittelbudget des EB 77 relevant.
 Da die Taubenabwehrmaßnahmen dem Gesundheitsschutz und der Arbeitssicherheit der Beschäftigten dienen, sind sie zwingend notwendig und auch nicht in das HH-Jahr 2019 verschiebbar.
- c) Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht auf Forst- und Waldwegen:
 Eine aktuelle Bestandsaufnahme hat ergeben, dass die Verkehrssicherung auf städtischen Forst- und Waldwegen bisher nicht im gesetzlich erforderlichen Maß durchgeführt wurde. Es werden deshalb ohne weiteren Verzug noch in 2018 Leistungen zur Herstellung der Verkehrssicherheit (Baumpflegeleistungen) extern beauftragt. Die Kosten belaufen sich auf 60.000 €.
 Die Maßnahmen sind aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung dringend und nicht in das HH-Jahr 2019 verschiebbar.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
 Erhöhung der Aufwendungen um

Brandschutz (Ertüchtigung altes Verwaltungsgebäude A)	Kostenstelle [Anteile: 205102 Stadtgrün – 28.000 € 205105 Werkstätten / Lager – 3.000 € 205106 Winterdienst – 9.000 €	Produkt 57390010 Leistungen für den EB77	40.000 € für Sachkonto [531501 Zuschüsse an verbundene Unternehmen (lfd. Zwecke)
Arbeitsschutz / Gesundheitsschutz (Tauben- abwehr Fahrzeughalle)	Kostenstelle [Anteile: 205102 Stadtgrün – 16.000 € 205105 Werkstätten / Lager – 2.000 € 205106 Winterdienst – 5.000 €	Produkt 57390010 Leistungen für den EB77	23.000 € für Sachkonto [531501 Zuschüsse an verbundene Unternehmen (lfd. Zwecke)
Verkehrssicherung Forst	Kostenstelle [205102 Stadtgrün	Produkt 57390010 Leistungen für den EB77	60.000 € für Sachkonto [531501 Zuschüsse an verbundene Unternehmen (lfd. Zwecke)

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahme Gewerbesteuern

	Kostenstelle [202090 Allgemeine Kostenstelle Abt. Gemeindesteuern	in Höhe von Produkt [61110010, Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	123.000 € bei Sachkonto [401301 Gewerbesteuer
--	---	--	--

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 8.2

44/047/2018

Mittelbereitstellung für die Tonsanierung des Markgrafentheaters bzw. Brandlastverringerungsmaßnahme ehemalige Horträume/Langhaus

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	€
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	120.000,00 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	51.611,83 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €
 Summe der bereits vorhandenen Mittel	 171.611,83€
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	621.611,83 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig im Haushaltsjahr 2018

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.
Verfügbare Mittel im Deckungskreis (Stand 09.08.2018) 109.375,66 €
Die Mittel sind für das Haushaltsjahr 2018 bereits verplant und beauftragt (u.a. Auslieferung Theater-LKW im Oktober/November, Kosten ca. 85.000 €).

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Bereich der Tonausstattung Markgrafentheater kommt es seit Jahren immer wieder zu Ausfällen. Die Anlage ist technisch veraltet und kann nur noch durch Anmietungen von einzelnen Komponenten am Laufen gehalten werden. Es besteht die Gefahr eines Totalausfalls. Laut Kostenschätzung wird mit einem Umfang von 400.000 € (incl. Planungskosten gerechnet). Die Maßnahme ist laut Regierung von Mittelfranken mit einem Fördersatz von 75% förderfähig (FAG).

Die Einnahmen treffen voraussichtlich erst 2019 ein. Diese werden als Nachmeldung der Verwaltung für den Haushalt 2019 nachgemeldet.

Als zweite Maßnahme muss die Brandlastverringerng im Bereich der ehemaligen Horträume/Langhaus weiter vorangetrieben werden. Das GME bzw. die Bauaufsicht mahnen regelmäßig diese Maßnahmen an (Räumung von Teilen des Kostüms- und Requisitenfundus). Es wurden trotz der Sicherheitsbedenken noch keine Ersatzräume gefunden. Eine weitere Verringerung des Umfangs kann nur durch eine Auslagerung geschehen. Durch die nun geplante Einziehung einer Zwischenebene in die Theater-Lagerhalle Hilpertstr. könnten Teile des Kostüm- bzw. Requisitenfundus ausgelagert und neu sortiert werden. Die Kosten hierfür werden auf 50.000 € geschätzt. Eine weitere FAG-Förderung scheidet hier laut Regierung von Mittelfranken an der Bagatellgrenze von 100.000 €

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Auszahlungen um

IP-Nr. 261.351 Einrichtungsgegenstände, Geräte (Theater)	Kostenstelle 440090 Allgemeine Kostenstelle Amt 44	Produkt 26110080 Theater	450.000 € für Sachkonto 082102 Zugänge Betriebsausstattung
--	--	-----------------------------	--

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahme

	Kostenstelle 202090 Allgemeine Kostenstelle Abt. Gemeindesteuern	in Höhe von Produkt [61110010 Steuern, allgem. Zuweisungen, Umlagen	450.000 € bei Sachkonto 401301 Gewerbesteuer
--	--	--	---

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 8.3

66/277/2018

Mittelbereitstellung für die Nachzahlung von Kanalbenutzungsgebühren an den EBE (Endabrechnung 2017)

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck Kanalbenutzungsgebühren 2018 stehen im all-gemeinen Haushalt (Ansatz) zur Verfügung	1.900.000 €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	0 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	0 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €
 Summe der bereits vorhandenen Mittel	 1.900.000 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	2.185.742,13 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig im Haushaltsjahr 2018

Nachrichtlich:

- Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €
- Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.
- Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
- Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit Schreiben vom 07.09.2018 teilte der EBE dem Amt 66 die Endabrechnung 2017 für den Straßenentwässerungsanteil (Kanalbenutzungsgebühr öffentlicher Grund) mit. Es ergibt sich eine Nachzahlung von 285.742,13 €, da sich auf Grund der Investitionen des Entwässerungsbetriebes auch die Prozentsätze für Personal, Sach- und Kapitalkosten und in der Folge auch der umzulegende Anteil für die Straßenentwässerung erhöht haben. Die Nachzahlung ist zum 08.10.2018 zur Zahlung fällig.

Die Mittel auf dem Konto 524341 wurden bereits vollständig für die Vorleistungen 2018 benötigt. Daher muss der komplette Rechnungsbetrag auf dem Sachkonto bereitgestellt werden.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Nachzahlung wird aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer (Sachkonto:401301) gedeckt.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Kanalbenutzungsgebühren werden aus allgemeinen Haushaltsmitteln gezahlt. Daher erfolgt die Deckung der Nachzahlung ebenfalls aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Gewerbesteuerermehreinnahmen).

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
 Erhöhung der Aufwendungen um

	Kostenstelle 660090	Produkt 54110010	285.742,13 € für
--	---------------------	------------------	-------------------------

	Allg. Kostenstelle Amt 66	Gemeindestraßen	Sachkonto 524341 Kanalbenutzungsgebühren an EBE f. Gemeindestraßen
--	---------------------------	-----------------	--

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahme

		in Höhe von	285.742,13 € bei
	Kostenstelle 202090 Allg. Kostenstelle Abt. Gemeindesteuern	Produkt 61110010 Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	Sachkonto 401301 Gewerbesteuer

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 9

Zwischenberichte der Ämter zum Budget und Arbeitsprogramm 2018

TOP 9.1

52/191/2018

**Zwischenbericht des Amtes 52- Budget und Arbeitsprogramm 2018- Stand
31.07.2018**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Einhaltung des Budgetrahmens
Abarbeitung des Arbeitsprogrammes

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Maßnahmen einleiten, Wege finden, um mit den bewilligten Budgetmitteln auszukommen bzw. das Arbeitsprogramm im vollen Umfang abzuarbeiten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

siehe Anlage „Budget und Arbeitsprogramm 31 07 2018“

4. Ressourcen entfällt

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Ergebnis/Beschluss:

Das Budget und Arbeitsprogramm 2018 – Stand: 31.07.2018 – wird zur Kenntnis genommen.

Die unter Punkt 3.3 des Zwischenberichtes aufgeführten Konsolidierungsvorschläge zur Vermeidung eines möglichen Defizits werden beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 9.2

44/045/2018

Zwischenbericht des Amtes 44 Budget und Arbeitsprogramm 2018 - Stand 31.07.2018

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Haushalt 2018 wird mit voraussichtlich ca. 300.000 € Defizit (inkl. 30.000 € Verlustvortrag von 2017) abgeschlossen.

Das Arbeitsprogramm wird erfüllt, da Planungen & Verträge abgeschlossen und keine Änderungen mehr möglich sind.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Um das Defizit zu vermeiden, wird ein Mittelnachbewilligungsantrag für 2018 gestellt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

siehe Anlage „Budget und Arbeitsprogramm 31 07 2018

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Ergebnis/Beschluss:

Das Budget und Arbeitsprogramm 2018 – Stand: 31.07.2018 – wird zur Kenntnis genommen.

Die unter Punkt 3.3 des Zwischenberichtes aufgeführten Konsolidierungsvorschläge zur Vermeidung eines möglichen Defizits werden beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 9.3

510/049/2018

**Zwischenbericht des Amtes 51
Budget und Arbeitsprogramm 2018 - Stand 31.07.2018**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Einhaltung des Budgetrahmens

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Maßnahmen einleiten, Wege finden, um mit den bewilligten Budgetmitteln auszukommen

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

siehe Anlage „Budget und Arbeitsprogramm 31 07 2018“

Ergebnis/Beschluss:

Das Budget und Arbeitsprogramm 2018 – Stand: 31.07.2018 – wird zur Kenntnis genommen.

Es können keine Konsolidierungsvorschläge gemacht werden.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 9.4

47/068/2018

**Zwischenbericht des Amtes 47 Budget und Arbeitsprogramm 2018 - Stand
31.07.2018**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

Auf der Einnahmeseite des Budgets des Kulturamtes stehen Mindereinnahmen i.H.v. 25.000 €.

Trotz Mehreinnahmen im Rahmen des Comic Salons 2018 konnten die erhofften Einnahmen nicht erzielt werden.

Des Weiteren wird ein Defizit von 75.000 € im Bereich der Abteilung Festivals und Programme erwartet. Dies resultiert in erster Linie aus Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung von Messezelthallen für den 18. Internationalen Comic-Salon als Ersatz für die Heinrich-Lades-Halle. Die Zelthallen selbst waren durch eine entsprechende Budgeterhöhung zwar weitgehend finanziert, es entstanden jedoch in dieser Höhe nicht erwartete Zusatzkosten (Stromversorgung, ELA-Anlage, Baustellensicherung, Sicherheitspersonal etc.) sowie erhebliche Mehrkosten für die Anmietung weiterer Veranstaltungsräume und ein deutlich erhöhter Personalbedarf.

In der Abteilung Bildende Kunst, Kunstpalais und Städtische Sammlung entsteht ebenfalls ein Defizit von 20.000 € durch nicht eingeplante Mehrkosten von 15.000 € bei zwei Ausstellungen, sowie dem Ausfall einer fest eingeplanten Förderung i.H.v. 5.000 € für die Van de Velde Ausstellung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Amt 47 kann das Defizit mit Rückgriff auf die Rücklagen nur zum Teil verringern.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Das Budget und Arbeitsprogramm 2018 – Stand: 31.07.2018 – wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 10

111/005/2018

**Fuhrparkmanagement;
Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe Nr. 102/2018 vom 02.07.2018**

Sachbericht:

Die gestellten Fragen der ÖDP-Stadtratsgruppe werden wie folgt beantwortet:

Wo konkret liegen die Probleme bei der Bearbeitung dieses Auftrags?

Das Organisationsprojekt „Fuhrparkmanagement“ wurde vor mehreren Jahren in das Projektportfolio der Abteilung Organisation und Personalwirtschaft (Abt. 112) aufgenommen.

Die Abstimmung der Prioritäten der Organisationsprojekte erfolgt jährlich und wird seit dem Jahr 2016 jeweils im Januar/Februar jeden Jahres dem HFPA zur Kenntnis gegeben (im Jahr 2018: HFPA am 17.01.2018, Vorlage Nr. 11/132/2017). Gemäß der dortigen Priorisierung soll das Projekt Fuhrparkmanagement im Jahr 2018 mit der Beauftragung eines externen Beraters gestartet werden.

Das Projekt Fuhrparkmanagement konnte aktuell noch nicht aufgenommen werden, da die zunächst für das Jahr 2019 nachrangig priorisierte Maßnahme Nr. 13 „Amt 51, Organisationsuntersuchung (Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation unter Berücksichtigung personalwirtschaftlicher Aspekte und vor dem Hintergrund neuer Aufgaben) vorgezogen werden musste (siehe Bearbeitung des Fraktionsantrag Nr. 153/ 2017) im Stadtrat unter Nr. 11/133/2017 am 18.01.2018 sowie der anschließenden Vergabe im HFPA unter Nr. 112/115/2018 am 19.09.2018.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, dass wegen der seit mehreren Jahren vorhandenen hohen Auslastung im Bereich Organisation für das Jahr 2018 ein Stellenplanantrag gestellt wurde, der im Haushalt 2018 nicht berücksichtigt wurde und daher für den Stellenplan des Jahres 2019 wiederholt wurde. Zudem stehen zwei Personalwechsel im Bereich der Organisation an.

In diesem Jahr ist dennoch vorgesehen, das Projekt zu starten, indem der Projektauftrag aktualisiert wird und ein Erfahrungsaustausch mit dem entsprechenden Projekt der Stadt Nürnberg anvisiert ist, siehe unten.

Welchen Umfang hat der Fuhrpark und wie setzt er sich konkret zusammen (Fahrzeugtypen, Baujahr usw.)? Wie beziehen uns dabei nicht nur auf Kraftfahrzeuge, sondern auch auf Zweiräder!

Fahrzeuge gesamt, incl. aller Nutzfahrzeuge: 350 (Basis: Versicherungsliste Amt 30)
Ohne Fahrzeuge Amt 37: 285 (Basis: Versicherungsliste Amt 30, Wartungsliste EB77)
davon PKW (ohne Amt 37): 45
Anzahl Dienstfahräder: 119, davon 5 Lasten E-Bikes und 3 E-Bikes

Wie wurde dieser Fuhrpark in den letzten Jahren und bis heute verwaltet? Wer ist für diese Aufgabe konkret verantwortlich?

Überwiegend erfolgt die Verwaltung der Kfz dezentral in den jeweiligen Dienststellen. Es sind lediglich zwei Poolfahrzeuge, die von Amt 24 verwaltet werden, vorhanden. Neben den Kfz besteht ein Pool von 32 Dienstfahrrädern, der von Amt 24 verwaltet wird. Die vorhandenen Lasten-E-Bikes werden von Amt 31 verwaltet.

Welche Maßnahmen wurden seit 2013 in diesem Bereich vollzogen bzw. welche Änderungen wurden seitdem überhaupt eingeleitet?

Grob-Erfassung des Ist-Standes
Erfahrungsaustausch mit den IZ-Städten Nürnberg, Fürth und Schwabach.

Welche Höhe - nach Betriebsmitteln und Anlagevermögen aufgeschlüsselt - im städtischen Haushalt wird dafür veranschlagt?

Anlagevermögen (Stand 31.12.17) lt. Mitteilung der Fachbereiche

EBE: 450.250 €
EB77: 3.525.500 €
Amt 20: 2.953.485 € (hierin ist ein Betrag von **43.050 € für Dienstfahrräder** enthalten)

Gesamt: 6.929.235 €

Im Ansatz von Amt 20.

Betriebsmittel (2017)

EBE: 31.253 €
EB77: 964.605 €
20: 281.200 €

Gesamt: **1.277.085 € zzgl. 2.300 €/Jahr** Unterhaltskosten Dienstfahrräder (nur bei 243-1)

Wo werden dafür die Parkplätze vorgehalten? Welche Kosten entstehen hierfür?

Bei EBE und EB77 fallen keine Parkplatzkosten an (EBE zahlt interne Miete an EB77 für Stintzingstr. 46, Parkplätze können nicht gesondert ausgewiesen werden). Ebenso wenig für den Fuhrpark von Amt 37. Die Fahrzeuge stehen jeweils auf dem eigenen Gelände.

Parkplatzkosten bei Amt 24: 3.400 €/Jahr für 6 Stellplätze (Parkhaus Schuhstraße und Parkhaus Münchner Straße [Mietzahlungen erfolgen intern an Amt 23]).

Inwiefern ist das Vorhalten eines eigenen Fahrzeugs für den Oberbürgermeister bzw. den Bürgermeisterinnen samt Chauffeur tatsächlich erforderlich?

Der Dienstwagen mit Fahrer wird sowohl vom Oberbürgermeister, wie auch von den Bürgermeisterinnen und gelegentlich von den Referatsleitungen genutzt. Die jährliche Fahrleistung des Dienstwagens beträgt ca. 20.000 km. Das Vorhalten eines eigenen Fahrzeugs ist notwendig, da eine langfristige Planung der Nutzung nicht möglich ist, z.B. bei kurzfristigen Terminvereinbarungen, engen Terminplänen, bei Verlängerung eines Vorterminals oder bei Wetterwechsel.

Während der Fahrten bereiten Oberbürgermeister und Bürgermeisterinnen sowie Referatsleitungen die anstehenden Termine vor und nach. Auch weitere während der Fahrt geeignete Arbeiten (Telefonate, Aktenstudium) werden durchgeführt. Ein Fahrer ist daher erforderlich.

Wie lösen andere Städte das Thema „Fuhrparkmanagement“? Hat diesbezüglich schon in der Zeit bis zum Tag der Antragsstellung ein Austausch stattgefunden? Wenn ja, mit wem? Zu welchen Erkenntnissen und Ergebnissen gelangte man bisher? Wie konnten diese umgesetzt werden bzw. wie werden diese umgesetzt?

Die Stadt Nürnberg hat kürzlich eine aufwändige Organisationsuntersuchung für das Fuhrparkmanagement abgeschlossen und in der Arbeitsgruppe IZ-Organisation darüber berichtet. Die detaillierten Ergebnisse sollen den Städten Fürth, Schwabach und Erlangen voraussichtlich noch bis Ende des Jahres 2018 vorgestellt werden.

Wurden in den letzten Jahren Elektrofahrzeuge bzw. Hybrid-Fahrzeuge angeschafft?

Seit 2012 wurden acht Elektrofahrzeuge und 2 Hybridfahrzeuge angeschafft. Zudem sind 10 Fahrzeuge mit Erdgasantrieb im Einsatz.

Wir beantragen zudem, dass bei diesem Thema auch – sofern dies rechtlich möglich ist – mit den städtischen Töchtern (Sparkasse, ESTW, GEWOBAU u.a.) zusammengearbeitet wird, um Synergien zu schaffen!

Die Möglichkeiten werden im Rahmen des Projekts geprüft.

Schließlich beantragen wir auch abzuklären, inwiefern der Fuhrpark der Stadt Erlangen durch eine sinnvolle Zusammenarbeit mit einem Car-Sharing-Anbieter reduziert werden kann.

Wird im Rahmen des Projekts geprüft.

Timeline

Bis Ende des Jahres 2018 ist ein erneuter Erfahrungsaustausch mit Nürnberg, Fürth, Schwabach mit detaillierter Vorstellung der Konzeption der Stadt Nürnberg beabsichtigt.

Anschließend erfolgt die Aktualisierung des Projektauftrags und die Freigabe des Projekts durch OBM bis ca. Dezember 2018.

Für die in der Folge anhand der in Erlangen bestehenden Strukturen und Bedarfe zu entwickelnden Lösungen für das Fuhrparkmanagement soll wie in Nürnberg eine externe Beratungsfirma beauftragt werden.

Der Zeitplan ist abhängig von der Gesamtprioritätenplanung und den vorhandenen Personalressourcen bei Amt 11.

Wie die Erfahrung anderer Kommunen zeigt ist nach dem Start des Projekts mit einer mehrjährigen Dauer zu rechnen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Da abhängig von der angestrebten Lösung, können derzeit hierzu noch keine Angaben zu den erforderlichen Ressourcen gemacht werden.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der ÖDP Stadtratsgruppe Nr. 102/2018 vom 02.07.2018 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen
mit 13 gegen 1

TOP 11

30/087/2018

Änderung der Satzung für die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr; Erlass einer Änderungssatzung

Sachbericht:

Der laufende Kalkulationszeitraum der Straßenreinigungsgebühren 2017 und 2018 endet zum 31.12.2018.

Die Verwaltung hat die Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2019 und 2020 kalkuliert.

Der Gesamtaufwand der Straßenreinigungskosten für den Gebühren- und Nichtgebührenbereich stieg von 2,696 Mio. € im Jahr 2016 auf 2,712 Mio. € für jedes Jahr des 2-jährigen Kalkulationszeitraumes 2019 bis 2020. Ende 2018 wird der Überschuss der Gebührenfortschreibung voraussichtlich ca. 89.000 € betragen.

In der Kalkulation wurden alle feststehenden sowie sich abzeichnenden Veränderungen künftiger Personal-, Fahrzeug- und sonstiger Sachkosten berücksichtigt.

Ein Kostenmehrbedarf entsteht z.B. durch die tariflichen Steigerungen bei den Personalkosten und bei den kalkulatorischen Kosten für die erforderlichen Ersatzbeschaffungen im Klein- und Großgerätebereich.

Eine besondere Unwägbarkeit stellt stets die Intensität der im Kalkulationszeitraum liegenden Winter dar. Um auf diese nicht planbare Größe mit ihren finanziellen Folgen zeitnah reagieren zu können, wurde ein Kalkulationszeitraum von 2 Jahren gewählt.

Der Gesamtaufwand der Straßenreinigung setzt sich aus folgenden Teilbeträgen zusammen:

- Nichtgebührenbereich (ohne städt. Eigenanteile für Mittelsteifen, gesetzlich ggf. erweiterte Anteile für das Allgemeininteresse an sauberen Straßen)

ca. 20,25 % 0,549 Mio. €/a

- Gesamter Gebührenbereich (inkl. städt. Eigenanteile für Mittelstreifen, gesetzlich ggf. erweiterte Anteile für Allgemeininteresse an sauberen Straßen)

ca. 79,75 % 2,163 Mio. €/a

- davon Einfachreinigung (nur Fahrbahnen) ca. 56,03 % 1,519 Mio. €/a

- davon Mehraufwandsreinigung (Fahrbahnen und Gehwege; Reinigungsklassen X, Y, Z) ca. 23,72 % 0,643 Mio. €/a.

1. Kalkulationsergebnis für den Kalkulationszeitraum 2019 bis 2020

Am 27.10.2016 beschloss der Stadtrat mehrheitlich einen 10%igen städtischen Pflichtanteil und zusätzlich einen erweiterten städtischen Eigenanteil für das Allgemeininteresse an einer sauberen Stadt in Höhe von 4% der gebührenfähigen Kosten. Mit dieser Entscheidung näherte sich die Stadt Erlangen der Empfehlung des BKPV im Beratungsvermerk vom 20.08.2008 – der Auskömmlichkeit mit dem städtischen Pflichtanteil für das Allgemeininteresse an einer sauberen Stadt in Höhe von 10% der gebührenfähigen Kosten – weiter an.

Während mit dem 10%igen Pflichtanteil alle Reinigungsklassen X, Y und Z des Mehrfachreinigungsgebietes entlastet werden, erfahren die Reinigungsklassen mit den höchsten Reinigungshäufigkeiten Y und Z, die sich in der Innenstadt befinden, mit dem erweiterten städtischen Eigenanteil eine gezielte zusätzliche Entlastung. Auch heute erscheint die städtische Unterstützung dort am notwendigsten, wo die höchste Verschmutzung durch die Allgemeinheit zu erwarten ist. Dies betrifft in der Reinigungsklasse Y ca. 260 Grundstücke und in der Reinigungsklasse Z ca. 115 Grundstücke.

In Fortsetzung der schrittweisen Annäherung an die Empfehlung des BKPV schlägt die Verwaltung vor, für den neuen 2-jährigen Kalkulationszeitraum 2019 und 2020 den erweiterten Eigenanteil für das Allgemeininteresse an einer sauberen Stadt von 4% auf 3% zu senken, was einer Einsparung für den städtischen Haushalt für diesen Teil von 21.632 €/a entspricht.

Bisherige Gebührensätze (2017 bis 2018), gem. Beschluss des Stadtrates vom 27.10.2018

	einfache Fahrbahnreinigung	Reinigungs-klasse X	Reinigungs-klasse Y	Reinigungs-klasse Z
14 % Eigenanteil (EA) Allgemeininteresse; Summe EA: 299.856 €/a; Gebühr je RM/a:	4,44 €	12,24 €	33,72 €	45,72 €

Neue Gebührensätze (2019 bis 2020)

Hinweis: Die Tabelle zeigt die Variante mit 10 % Eigenanteil am Allgemeininteresse an einer sauberen Stadt, sowie die **vorgeschlagene Variante mit einem Eigenanteil von 13%**.

	einfache Fahrbahn-	Reinigungs-klasse	Reinigungs-klasse	Reinigungs-klasse
--	--------------------	-------------------	-------------------	-------------------

	reinigung	X	Y	Z
Variante 10 % EA				
Summe EA: 216.324 €/a; Gebühr je RM/a:	4,56 €	11,52 €	40,44 €	54,96 €
Veränderung in Prozent:	+2,70 %	- 5,88 %	+19,93 %	+20,21 %
Veränderung in €/RM/a:	+0,12 €/RM/a	-0,72 €/RM/a	+6,72 €/RM/a	+9,24 €/RM/a
Variante 13% EA	4,56 €	11,52 €	33,60 €	45,60 €
Summe EA 281.221 €/a; Gebühr je RM/a:	+2,70 %	-5,88 %	-0,36%	-0,26 %
Veränderung in Prozent:	+0,12 €/RM/a	-0,72 €/RM/a	-0,12 €/RM/a	-0,12 €/RM/a

Anlage 2 zeigt eine Übersicht der Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Erlangen und in anderen bayerischen Städten. Für die Vergleichsstädte München, Würzburg und Nürnberg enden die Kalkulationszeiträume ebenfalls zum 31.12.2018. Zu Redaktionsschluss waren die dortigen Kalkulationen noch nicht abgeschlossen, die neuen Gebühren ab 01.01.2019 lagen daher noch nicht vor.

2. Anteile der durch die Stadt Erlangen zu tragenden Straßenreinigungskosten

Städtische Eigenanteile sind grundsätzlich gebührenfähige Kosten, die neben den Kosten für den Nichtgebührenbereich von der Stadt Erlangen zu tragen sind.

Die städtischen Eigenanteile für Mittelstreifen - meist 4-spurige Straßen mit hoher Verkehrsbedeutung und besonderem Gefährdungspotential – befinden sich i.d.R. im Anschlussgebiet des Straßenreinigungsbetriebes. Die erforderlichen Reinigungsaufwendungen werden daher auch weiterhin von der Stadt Erlangen durchgeführt und finanziert.

Der städtische Eigenanteil für die Mittelstreifen beträgt ab 2019 für 33.024 Reinigungsmeter 149.432 €/a.

Der städtische Eigenanteil für das Allgemeininteresse an einer sauberen Stadt in Höhe von 10 % der gesamten gebührenfähigen Kosten beträgt ab 2019 216.324 €/a und wurde vom Kostenanteil der Mehraufwandsreinigungsklassen (X, Y, Z) abgesetzt.

Der darüber hinausgehende erweiterte Eigenanteil für das Allgemeininteresse an einer sauberen Stadt in Höhe von 3% der gebührenfähigen Kosten beträgt ab 2019 64.897 €/a und entlastet die Reinigungsklassen Y und Z.

Im **Nichtgebührenbereich** summieren sich Kosten für Reinigungsleistungen städtisch bebauter und nichtbebauter Liegenschaften. Dies sind z.B. Radwege außerhalb des Anschlussgebietes, Bushaltestellen, Ampelanlagen, Brücken, Treppenanlagen, Unterführungen, Verkehrsinseln, Querungshilfen, Parkplätze, Parkbuchten und -streifen und öffentliche Plätze.

Der von der Stadt Erlangen zu finanzierende Aufwand betrug seit 2017 jährlich 554.504 €/a und fällt im kommenden Kalkulationszeitraum ab 2019 um 5.358 €/a auf 549.146 €/a.

Anlage 3 zeigt eine Zusammenstellung der durch die Stadt Erlangen zu übernehmenden Straßenreinigungskosten sowohl für den Nichtgebührenbereich als auch für die Eigenanteile.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Sach- und Personalkosten der Stadt für Straßenreinigung (Eigenanteile und Nichtgebührenbereich); Anlage 3

1. Nichtgebührenbereich:

bisher 554.504 €/a,
ab 2019 549.146 €/a

2. Städtische Eigenanteile:

- 2.1. Allgemeininteresse 10%
bisher 214.183 €/a;
ab 2019: 216.324 €/a
- 2.2. Allgemeininteresse 4%
bisher 85.673 €/a;
Allgemeininteresse 3%
ab 2019: 64.897 €/a
- 2.3. Mittelstreifen
bisher 145.084 €/a;
ab 2019: 149.432 €/a

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst 205104/KTr 57390010/Sk 531501
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag von Frau StRin Pfister an den Stadtrat verwiesen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 12

51/162/2018

Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung: Bestands- und Planungsbericht 2018

Sachbericht:

Vorbemerkung:

Der Bericht wird allen Ausschuss- und Stadtratsmitgliedern vorab als pdf-Datei in Session zur Verfügung gestellt.

Sachbericht:

In Erlangen gibt es seit Jahren ein stadtweit gut ausgebautes Angebot an Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern. Zu den Pflichtaufgaben der Stadt Erlangen gehört dabei, das Betreuungsangebot bedarfsgerecht anzubieten. Für Kinder im Alter ab einem Lebensjahr bis zum Eintritt in die Grundschule besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, für jüngere ist ein bedarfsgerechtes Angebot bereit zu stellen. Bundesweit ist die Einführung eines Rechtsanspruchs für Kinder im Grundschulalter in Planung. Das Angebot macht sich dabei nicht nur an der Menge der zur Verfügung stehenden Plätze fest sondern beinhaltet auch, dass die Bedürfnisse von Kindern und Familien unterschiedlich sind und sich die Sozialstruktur in Erlangen in den einzelnen Stadtteilen unterscheidet.

Das vorhandene Angebot an Kindertages- und Ganztagesbetreuung leistet einen wichtigen Beitrag für die Erziehung und Bildung von Kindern und ermöglicht Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es gibt Wechselwirkungen zu anderen Pflichtaufgaben und –ausgaben der Stadt wie bspw. Hilfen zur Erziehung.

Das von der Jugendhilfeplanung erarbeitete kleinräumige Planungskonzept mit der Differenzierung der Altersspannen U3 (Kinder im Alter unter drei Jahren), Kindergarten- sowie Grundschulalter wurden von Jugendhilfeausschuss und Stadtrat als Leitlinien für die Bedarfsplanung beschlossen.

Der vom Stadtrat zu beschließende zukünftigen Bedarf an stadtweiten Betreuungsplätzen bildet die Grundlage für weitere Ausbauplanungen bei Freien Trägern der Jugendhilfe und der Verwaltung.

In der vom Jugendhilfeausschuss eingesetzten Planungsgruppe Kindertagesbetreuung sind die Freien Träger und das Staatliche Schulamt an der Bedarfsplanung beteiligt. Die letzte Sitzung fand am am 13.09.2018 statt.

Im aktuell vorliegenden Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018 (s. Anlage) wird der Bestand an Einrichtungen und Betreuungsangeboten ausführlich dokumentiert und analysiert und es werden fachliche Einschätzungen zum zukünftigen Bedarf getroffen. Teilweise kann auf die bereits vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen und veröffentlichten Ergebnisse der „Expertenbefragung für die Bedarfsplanung Ganztagesbetreuung im Grundschulalter und Kindertagesbetreuung 2017“ zurückgegriffen werden. Bei Bevölkerungsdaten, –prognosen und Einschätzungen zur sozialen Situation arbeitet die Jugendhilfeplanung mit den Daten und Veröffentlichungen der Fachstelle für Statistik und Stadtforschung.

Zusammenfassend stellt sich die Situation in den einzelnen Altersspannen stadtweit wie folgt dar:

U3-Alter

Aktuelle Versorgungssituation im U3-Alter

Mit Stichtag zum 31.12.2017 lebten in Erlangen 3363 Kinder im Alter von unter drei Jahren. Dies stellt seit dem Jahreswechsel 2014/15 (2850) einen Zuwachs von ca. 14% (absolut 402) dar. In 54 Einrichtungen und in der Kindertagespflege stehen insgesamt 1427 ausgewiesene Plätze zur Betreuung von unter Dreijährigen zur Verfügung. Dies entspricht einer Versorgungsquote von ca. 42,4%.

Die stadtweite Versorgungsquote liegt damit nach 2017 das zweite Jahr in Folge unter dem vom Stadtrat beschlossenen Zielkorridor von 45 bis 50%.

Krippen-Planungsbezirke	aktuelle Situation			
	Kinderzahl 31.12.2017	Plätze	Zielkorridor	Versorgungs- quoten
A Nordwest	398	162	ca. 35% - 40%	40,7%
B Alterlangen	254	103	ca. 40% - 45%	40,6%
C Anger	260	65	ca. 35% - 40%	25,0%
D Nordost	701	210	ca. 45% - 50%	30,0%
E Büchenbach Dorf	158	68	ca. 40% - 45%	43,0%
F Bruck	545	180	ca. 40% -45%	33,0%
G Röthelheim und Südgel.	680	460	> 50%	67,6%
H Südwest	170	51	ca. 30% - 35%	30,0%
I Südost	197	115	>50%	58,4%
o Ohne Zuordnung		12		
Erlangen gesamt	3363	1427	45% - 50%	42,4%

Die augenblickliche Versorgungssituation stadtweit ist im U3-Alter als sehr knapp bis zu gering einzuschätzen.

Stand der Ausbauplanung im U3-Alter

Krippen-Planungsbezirke	Beschuß Stadtrat 2017		Planungsstand	
	Zielkorridor	ca. zu schaffende Plätze	Projekte mit Bedarfsbeschluss	mögliche Plätze
A Nordwest	ca. 35% - 40%	0-24	Krippe Joseph-Stiftung Göschelstr.	12
B Alterlangen	ca. 40% - 45%	0-12		
C Anger	ca. 35% - 40%	36-48		
D Nordost	ca. 45% - 50%	96-144		
E Büchenbach, Dorf	ca. 40% - 45%	0-12		
F Bruck	ca. 40% -45%	12-36	Krippe "Am Brucker Bahnhof"	24
G Röthelheim und Südgel.	> 50%	24-60	Krippe BBGZ Hartmannstr. Krippe GBW2 Hans-Geiger-Str.	24 24
H Südwest	ca. 30% - 35%	0-12		
I Südost	>50%	12		
o Ohne Zuordnung		-	Krippe dfi Südl. Stadtmauerstr.	12
Erlangen gesamt	45% - 50%	ca. 180-360		96

Die Schaffung von fünf zusätzlichen Einrichtungen mit Betreuungsplätzen für U3-Kinder hat der Stadtrat bereits beschlossen. Damit sind insgesamt 96 neue U3-Plätze (Stand 07.09.2018) konkret in Planung. Dies entspricht einem Anteil von etwa der Hälfte der vom Stadtrat 2017 beschlossenen Untergrenze von 180 neuen U3-Plätzen und ca. einem Viertel der beschlossenen Obergrenze von 360 Plätzen.

Die zusätzlichen, geplanten regulären Betreuungsplätze können eventuell nicht ganz in dem Tempo realisiert werden, in dem sie für die in Erlangen lebenden Kindern und Familien benötigt werden. Um Betreuungsplätze weiterhin bedarfsgerecht anbieten zu können, hat der Stadtrat im Juli 2018 die Schaffung von temporären Betreuungsplätzen auf den Weg gebracht (Vorlage 51/159/2018). Die Schaffung einer temporären Kindertageseinrichtung mit 24

Krippenplätzen am Ende des Buckenhofer Wegs wurde vom Stadtrat bereits beschlossen (Vorlage 512/056/2018).

Zukünftiger Bedarf im U3-Alter

Im Hinblick auf die in der Bevölkerungsprognose 2018 erwartete Zahl von 3484 U3-Kindern im Jahr 2033 (stadtweit; obere Prognose) hat sich bestätigt, dass ein stadtweiter Ausbau von weiteren ca. 180 bis 360 U3-Betreuungsplätzen notwendig ist, um im Jahr 2033 eine stadtweite Zielversorgungsquote von 45 bis 50% gewährleisten zu können.

Krippen-Planungsbezirke	aktuelle Situation			Kinderprognose für 2033	Bedarfsbeschluss Stadtrat 2017 und 2018		Prognose der Versorgungsquote für 2033	
	Kinderzahl 31.12.2017	Plätze	Versorgungsquoten		Zielkorridor	ca. zu schaffende Plätze	Versorgungsquote (Bedarfsbeschluss; untere Grenze)	Versorgungsquote (Bedarfsbeschlusses; obere Grenze)
A Nordwest	398	162	40,7%	Noch keine Daten vorhanden	ca. 35% - 40%	0-24	Noch keine Daten vorhanden	
B Alterlangen	254	103	40,6%		ca. 40% - 45%	0-12		
C Anger	260	65	25,0%		ca. 35% - 40%	36-48		
D Nordost	701	210	30,0%		ca. 45% - 50%	96-144		
E Büchenbach Dorf	158	68	43,0%		ca. 40% - 45%	0-12		
F Bruck	545	180	33,0%		ca. 40% - 45%	12-36		
G Röthelheim und Südgel.	680	460	67,6%		> 50%	24-60		
H Südwest	170	51	30,0%		ca. 30% - 35%	0-12		
I Südost	197	115	58,4%		>50%	12		
o Ohne Zuordnung		12				-		
Erlangen gesamt	3363	1427	42,4%	3484	45% - 50%	ca. 180-360	46%	51%

Kindergartenalter

Aktuelle Versorgungssituation im Kindergartenalter

In Erlangen leben mit Stichtag zum 31.12.2017 insgesamt 3470 Kinder im Kindergartenalter. In 60 Einrichtungen stehen insgesamt 3458 Plätze zur Verfügung. Damit liegt eine gesamtstädtische Versorgungsquote von 99,7% vor. Infolge der Kinderzahlsteigerung ist die stadtweite Versorgungsquote damit wieder auf den Stand von 2009 gesunken.

Kindergarten- Planungsbezirke	aktuelle Situation		
	Kinderzahl 31.12.2017	Plätze	Versorgungsquoten
01 Innenstadt I	155	140	90,3%
02 Innenstadt II	224	182	81,3%
03 Alterlangen	290	216	74,5%
04 Sieglitzhof	221	235	106,3%
05 Röthelheim	392	433	110,5%
06 Südstadt	155	196	126,5%
07 Anger	227	230	101,3%
08 Innenstadt III	146	125	85,6%
09 Bruck	524	400	76,3%
10 Eltersdorf	92	120	130,4%
11 Tennenlohe	146	152	104,1%
12 Frauenaarach	128	90	70,3%
13 Kriegenbrunn	62	80	129,0%
14 Büchenbach Dorf	173	230	132,9%
15 Büchenbach Nordwest	440	356	80,9%
16 Dechsendorf	95	100	105,3%
00 Planungsbezirk unabh.		173	
Erlangen gesamt	3470	3458	99,7%

Die augenblickliche Versorgungssituation stadtweit ist im Kindergartenalter als zu gering einzuschätzen.

Stand der Ausbauplanung im Kindergartenalter

Die Schaffung von neun zusätzlichen Einrichtungen mit Betreuungsplätzen für Kinder im Kindergartenalter hat der Stadtrat bereits beschlossen. Damit sind insgesamt 379 neue Kindergartenplätze (Stand 07.09.2018) konkret in Planung. Dies entspricht einem Anteil von über zwei Drittel der vom Stadtrat 2017 beschlossenen 535 zusätzlichen Kindergartenplätze.

Kindergarten-Planungsbezirke	Beschluss Stadtrat 2017			Planungsstand	
	Zielquote für Vollversorgung	ca. zu schaffende Plätze (Bedarfsbeschluss 2017)	Versorgungsquote 2020 bei Realisierung der zu schaffenden Plätze	Projekte mit Bedarfsbeschluss	mögliche Plätze (max.)
01 Innenstadt I	ca. 100%	ca. 25	ca. 95%		
02 Innenstadt II	ca. 100%	ca. 75	ca. 97%		
03 Alterlangen	ca. 100%	ca. 70	ca. 98%		
04 Sieglitzhof	ca. 100%		ca. 97%		
05 Röthelheim	ca. 100%	ca. 15	ca. 99%	Spielstube BBGZ Hartmannstr. Kiga BBGZ Hartmannstr.	24 50
06 Südstadt	ca. 100%		ca. 101%		
07 Anger	ca. 100%	ca. 25	ca. 100%		
08 Innenstadt III	ca. 100%	ca. 50	ca. 110%	Kiga GBW2 Hans-Geiger-Str. Spielstube GBW2 Hans-Geiger-Str.	50 32
09 Bruck	ca. 100%	ca. 100	ca. 90%	Spielstube Junkerstrasse Kiga "Am Brucker Bahnhof"	36 80
10 Eltersdorf	ca. 100%		ca. 132%		
11 Ternenlohe	ca. 100%		ca. 96%		
12 Frauenaarach	ca. 100%	ca. 50	ca. 93%		
13 Kriegenbrunn	ca. 100%		ca. 144%		
14 Büchenbach Dorf	ca. 100%		ca. 108%		
15 Büchenbach Nordwest	ca. 100%	ca. 100	ca. 103%	Spielstube Büchenbach Nord Kiga Joseph-Stiftung Göschelstr.	32 50
16 Dechsendorf	ca. 100%		ca. 104%		
00 Planungsbezirk unabh.		ca. 25		Kiga dfl Südl. Stadtmauerstr.	25
Erlangen gesamt	ca. 105%	ca. 535	ca. 105%		379

Planungsstand 07.09.2018

Die zusätzlichen, geplanten regulären Betreuungsplätze können eventuell nicht ganz in dem Tempo realisiert werden, in dem sie für die in Erlangen lebenden Kindern und Familien benötigt werden. Um Betreuungsplätze weiterhin bedarfsgerecht anbieten zu können, hat der Stadtrat im Juli 2018 die Schaffung von temporären Betreuungsplätzen auf den Weg gebracht (Vorlage 51/159/2018). Die Schaffung einer temporären Kindertageseinrichtung mit 80 Kindergartenplätzen am Ende des Buckenhofer Wegs hat der Stadtrat bereits beschlossen (Vorlage 512/056/2018)

Zukünftiger Bedarf im Kindergartenalter

Im Hinblick auf die in der Bevölkerungsprognose 2018 erwartete Zahl von 3763 Kindergartenkindern im Jahr 2033 (stadtweit; obere Prognose) hat sich bestätigt, dass ein stadtweiter Aus-bau von weiteren ca. 535 Betreuungsplätzen notwendig ist, um im Jahr 2033 eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen (ca. 105% Versorgungsquote) vorhalten zu können.

Kindergarten-Planungsbezirke	aktuelle Situation			Kindertalprognose für 2033 (obere Variante)	2033 ca. benötigte Plätze bei Eintreffen der Prognose	Bedarfsbeschluss Stadtrat 2017 und 2018	Prognose der Versorgungssituation
	Kindertal 31.12.2017	Plätze	Versorgungsquoten				
01 Innenstadt I	155	140	90,3%	Noch keine Daten vorhanden.	Noch keine Daten vorhanden.	100% ca. 25	Versorgungsquote 2033 bei Realisierung des Bedarfsbeschlusses Versorgungsquote 2033 bei Realisierung der geplanten Plätze
02 Innenstadt II	224	182	81,3%			100% ca. 75	
03 Alterlangen	230	216	74,5%			100% ca. 70	
04 Sieglitzhof	221	235	106,3%			100%	
05 Roethelheim	392	433	110,5%			100% ca. 15	
06 Südstadt	155	136	126,5%			100%	
07 Anger	227	230	101,3%			100% ca. 25	
08 Innenstadt III	146	125	85,6%			100% ca. 50	
09 Bruck	524	400	76,3%			100% ca. 100	
10 Eltersdorf	92	120	130,4%			100%	
11 Tennenlohe	146	152	104,1%			100%	
12 Frauenaubach	128	90	70,3%			100% ca. 50	
13 Kriegenbrunn	62	80	129,0%			100%	
14 Büchenbach Dorf	173	230	132,9%			100%	
15 Büchenbach Nordwest	440	356	80,9%			100% ca. 100	
16 Dechsendorf	95	100	105,3%			100%	
00 Planungsbezirk unabh.		173			ca. 25		
Erlangen gesamt	3470	3458	99,7%	3763	3951	105% ca. 535	106% 102%

Grundschulalter

Aktuelle Versorgungssituation im Grundschulalter

Im Schuljahr 2017/18 besuchten 3450 Kinder die Erlangen Grundschulen (ohne Förder- und Privatschulen). 33 Einrichtungen der Jugendhilfe (Horte, Lernstuben und Kindergärten mit Schulkindbetreuung) bieten 1342 Betreuungsplätze an. Dies entspricht einer schulbezogenen Versorgungsquote durch die Jugendhilfe von 38,9%. In der Mittagsbetreuung stehen 998 Plätze zur Verfügung (28,9%). Gebundene Ganztagesklassen werden im Schuljahr 2017/18 weiterhin an sechs der 15 Erlanger Grundschulen, Offene Ganztagesesschule zusätzlich zur gebundenen Variante an einer Schule angeboten. Angebote der Ganztagesesschule werden von 690 Schülerinnen und Schülern besucht (20,0%). Insgesamt stehen Ganztagesbetreuungsplätze für 87,8% aller SchülerInnen der Grundschulen (=80,5% der Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren) in den Mittags- bzw. Nachmittagsstunden zur Verfügung.

	Erlangen gesamt
Grundschüler an Sprengelschulen Schuljahr 2017/18	3.450
Plätze in Horten und Lernstuben	1.342
Plätze in der Mittagsbetreuung	998
Kinder in der Ganztagesesschule gesamt	690
Versorgungsquote der JH	38,9%
Versorgungsquote der MB	28,9%
Versorgungsquote der GTS	20,0%
schulbezogene Versorgungsquote gesamt	87,8%

Die Situation in den einzelnen Schulsprengeln ist sehr unterschiedlich und wird im Bestands- und Planungsbericht 2018 ab Seite 91 ausführlich dargestellt.

Zusammenfassend ist die Versorgungssituation als kleinräumig sehr unterschiedlich einzuschätzen. Während in einzelnen Schulsprengeln im November 2017 vereinzelt freie Betreuungsplätze zur Verfügung standen, ist in anderen das Angebot quantitativ nicht ausreichend. Das bestehende Angebot der Jugendhilfe ist stadtweit aktuell nicht ausreichend. Auch wurde in den bisher stattgefundenen Schulsprengelkonferenzen deutlich (s.u.), dass nicht jede Form von Betreuungsplatz der individuellen Situation eines Kindes und dem Bedarf des Kindes bzw. seiner Familie gerecht werden kann.

Stand der Ausbauplanung

Stadtweit und für die einzelnen Schulsprengel bestehen noch keine Bedarfseinschätzung – oder Festlegung dazu, welche Form von Betreuungsplätzen geschaffen und welche Versorgungssituation als Zielmarke geschaffen werden soll.

Der Jugendhilfeausschuss hat bereits 2017 die Verwaltung beauftragt, Bedarfskorridore für die einzelnen Schulsprengel und stadtweit zu entwickeln und die zukünftige Verteilung von Ganztagesbetreuungsplätzen zwischen den Bereichen Ganztagesesschule (mit ihren unterschiedlichen Modellen), Mittagsbetreuung und Betreuungsangeboten der Jugendhilfe (Horte und Lernstuben) unter Einbezug der Bedürfnisse von Kindern und Eltern (z.B. Öffnungszeiten, integrative Betreuungsplätze) abzustimmen.

Die Entwicklung von Bedarfskorridoren ist aktuell in Arbeit. Die Jugendhilfeplanung organisiert Schulsprengelkonferenzen in jedem Grundschulschulsprengel. Dort wird gemeinsam mit allen relevanten Akteuren aus den Bereichen Schule und Jugendhilfe die soziale Situation im Schulsprengel sowie die bestehende quantitative und qualitative Versorgungssituation mit Ganztagesbetreuungsplätzen besprochen und es werden Bedürfnisse für das zukünftige Angebot an Ganztagesbetreuungsplätzen entwickelt und zusammengetragen.

Die neue Hortgruppe im Grundschulsprengel Frauenaarach konnte mittlerweile an den Start gehen, auch die zusätzlichen 5 Plätze im Hort „Sonnenblume“¹ stehen zum aktuellen Schuljahr zur Verfügung. Der Gebundene Ganzttag wird mit diesem Schuljahr an der Friedrich-Rückert-Grundschule eingeführt.

In Schulsprengeln mit deutlichem Bedarf hat der Stadtrat die Bedarfsnotwendigkeit von weiteren Lernstubenprojekten beschlossen, die nach ihrer Realisierung zu zusätzlichen Plätzen führen werden:

¹ Im Bestands- und Planungsbericht 2018 werden die Plätze wegen dem Datenstand April 2018 noch als geplante Plätze geführt.

Schulsprengel	Projekte mit Bedarfsbeschluss	mögliche Plätze
Adalbert-Stifter		
M. u. J. Elsner		
An der Brucker Lache	Lernstube Junkerstraße 1	16
Büchenbach		
Hermann-Hedenus		
Heinrich-Kirchner	Lernstube Büchenbach Nord	32
Loschge		
Michael-Poeschke	Lernstube BBGZ Hartmannstr.	8
Pestalozzi		
Tennenlohe		
Dechsendorf		
Frauenaurach		
Eltersdorf		
Friedrich-Rückert	Lernstube GBW2 Hans-Geiger-Str.	32
	Hort Sonnenblume Reinigerstr. 7	5
Mönauschule		
Erlangen insgesamt		93

Zukünftiger Bedarf im Grundschulalter

Die aktuelle Schülerprognose bekräftigt, dass der Bedarf an Ganztagesbetreuungsplätzen im Grundschulalter sich in den nächsten Jahren stadtweit weiter erhöhen wird. Dies ist einerseits in der prognostizierten Steigerung der Schülerzahlen, andererseits in der erwarteten Steigerung der Nachfrage (Häufigkeit und Dauer) begründet – auch der evtl. Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Grundschulalter muss schon eingepplant werden. Die Situation wird dabei in den einzelnen Schulsprengeln sehr unterschiedlich sein (u.a. unterschiedliche aktuelle Versorgungsquoten, unterschiedliche Schülerzahlsteigerung, unterschiedliche Sozialstruktur).

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Realisierung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots für U3-, Kindergarten- und Grundschulkindern.
- Erfüllung von bestehenden und geplanten Rechtsansprüchen auf einen Betreuungsplatz.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- Im U3- und Kindergartenalter:
Ausbau der notwendigen Betreuungsplätze (s.o.)
- Im Grundschulalter:
Ausbau der notwendigen Ganztagesbetreuungsplätze in den Bereichen Ganztagesesschule (mit ihren unterschiedlichen Modellen), Mittagsbetreuung, Jugendhilfe (Horte und Lernstuben) und evtl. Kombimodellen zwischen Schule und Jugendhilfe.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

- Schaffung von Betreuungsplätzen bei Freien Trägern und in kommunaler Verantwortung
- Nutzung des Sonderinvestitionsprogramms
- Im Grundschulalter: Kooperation von Schule und Jugendhilfe
- Kooperation mit Freien Trägern, weitere Beteiligung der Planungsgruppe Kindertagesbetreuung.
- Stadtintern: Projektgruppe Kita-Ausbau und Lenkungsgruppe Ganztagesbetreuung

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die weiteren Förderentscheidungen von Bund und Land sind z.T. noch offen und haben einen großen Einfluss auf die benötigten kommunalen Finanzmittel.

Im Grundschulalter sind die benötigten Ressourcen abhängig von den noch festzustellenden (wahrscheinlich steigenden) Bedarfen.

Ausgehend von der Annahme, dass die Einrichtungen, die nicht Spiel- und Lernstuben sind, von Freien Trägern betrieben würden, ist bei Realisierung der derzeitigen Planungen von einem Investitionsbedarf von ca. 19,5 Mio. Euro auszugehen. Die korrespondierenden Einnahmen betragen derzeit für alle Maßnahmen, für die bis August 2019 die förderfähigen Planungsunterlagen vorliegen, 90 %, danach ca. 50 %. Ob die Bezuschussung aus dem Sonderinvestitionsprogramm evtl. verlängert wird, ist nicht absehbar. Die laufenden Betriebskostenbezuschussung beträgt netto (Gesamtbetrag minus staatlicher Anteil) ca. 2 Mio. pro Jahr.

Bei neuen Plätzen, die vom Jugendamt betrieben werden (Spiel- und Lernstuben), ist der Investitionsaufwand von den tatsächlichen Baukosten abhängig. Diese liegen bei ca. 8,4 Mio. Euro. Die Refinanzierung durch staatliche Zuwendungen ist für die Spielstuben wie o.g. geregelt. Bei den Lernstubenplätzen liegt die staatliche Förderung noch bei ca. 50 %. Insgesamt kann mit einer staatl. Investitionsförderung von ca. 6,3 Mio. Euro gerechnet werden. Die Personalkosten werden in diesen Einrichtungen mit ca. 40 % refinanziert.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind teilweise nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung in Erlangen 2018 wird zur Kenntnis genommen.

2. Der Bedarf an Betreuungsplätzen wird wie im Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018 dargestellt anerkannt:

Ca. 180 bis 360 neue Betreuungsplätze für U3-Kinder und ca. 535 neue Betreuungsplätze für Kindergartenkinder.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der weiteren Fortschreibung der Bedarfsplanung die im Bestands- und Planungsbericht 2018 aufgeführten Daten als neue Planungsgrundlage heranzuziehen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 13

511/062/2018

Bedarfsfeststellung für weitere Spielstubenplätze im Kindergartenplanungsbezirk 08-Innenstadt III (Rathenau)

Sachbericht:

Vorbemerkung:

Der StR hat in seiner Sitzung am 08.12.2016 einstimmig den Bedarf für eine zweigruppige Grundschullernstube und für 16 Plätze für eine Spielstube im Stadtteil Rathenau festgestellt (Vorlage 511/036/2016).

Einschätzung der Jugendhilfeplanung:

Kindergartenalter

Der Standort der geplanten Spielstuben wird dem Kindergartenplanungsbezirk 08-Innenstadt III zugerechnet. In diesem Planungsbezirk stehen für 146 Kindergartenkinder aktuell 125 Betreuungsplätze zur Verfügung. Davon werden 50 im Kindergarten St. Bonifaz und 75 im Kindergarten St. Matthäus angeboten. Die kleinräumige Versorgungsquote liegt mit 85,6% unter dem städtischen Durchschnitt von 99,7%. In der Expertenbefragung 2017 wurde deutlich, dass viele im Planungsbezirk wohnende Kinder in angrenzenden Planungsbezirken betreut werden.²

Die Kinderzahlprognose erwartet in diesem Planungsbezirk 176 Kindergartenkinder im Jahre 2025. Dies entspricht einem Anstieg von ca. 41%. Für das Jahr 2033 liegen noch keine entsprechenden kleinräumigen Daten vor, stadtweit wird ein Anstieg von aktuell 3470 auf 3712 Kindergartenkinder (plus von ca. 8%) vorhergesagt.

Der Stadtrat hat 2017 den Ausbau von ca. 535 neuen Kindergartenplätzen beschlossen. Dabei sind ca. 50 für den Planungsbezirk Innenstadt III vorgesehen. Die Verwaltung schlägt dem

² Expertenbefragung 2017, S. 100

Stadtrat für 2018 einen stadtweiten Bedarfsbeschluss analog dem Jahre 2017 vor (Vorlage 51/162/2018).³

Im Planungsbezirk 08-Innenstadt III ist im Kindergartenalter neben den geplanten zusätzlichen 16 Spielstubenplätzen bereits eine Spielstubengruppe mit 16 Plätzen beschlossen (Vorlage 511/036/2016). 50 Kindergartenplätze im Neubau der GBW-Gruppe (Hans-Geiger-Str.) werden dem Stadtrat im Oktober 2018 zur Bedarfsanerkennung vorgeschlagen (Vorlage 512/058/2018).⁴

Unter Berücksichtigung dieser Projekte sind insgesamt 379 neue Kindergartenplätze konkret in Planung. Dies entspricht einem Anteil von über zwei Drittel der vom Stadtrat 2017 beschlossenen 535 zusätzlichen Kindergartenplätze.

Die Schaffung von insgesamt 32 Spielstubenplätzen im Planungsbezirk 08-Innenstadt III sowie 50 zusätzlichen Kindergartenplätzen im Neubau der GBW-Gruppe (Hans-Geiger-Str.) wird als bedarfsnotwendig gesehen. Der Bedarf besteht stadtweit und im Planungsbezirk besteht aufgrund der sozialen Belastungslage⁵ ein Bedarf an der Schaffung von integrativen Betreuungsplätzen⁶ und Spielstubenplätzen.

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?) Es werden ausreichend Plätze für Kinder mit dem Bedarf einer Spielstube im Stadtteil Rathenau geschaffen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?) Die Verwaltung wird mit Bauträgern nach Realisierungsmöglichkeiten für die Räume suchen und in Abstimmung mit den fachlichen Bedarfen die Räumlichkeiten in Abstimmung mit der Regierung von Mittelfranken und dem Bauträger entwickeln. Die Räume, die ein Bauträger erstellen soll, sollen durch die Stadt angemietet werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?) Die Spielstube wird je Gruppe jeweils bis zu drei integrative Plätze anbieten.

1. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?) Die FAG-Förderung für den Bau von Kindertageseinrichtungen wird erheblich verbessert, so dass die Investitionssummen und die Förderung, die 2016 aufgezeigt wurden, überholt sind. Die aufgezeigten Kosten und Einnahmen beziehen sich auf die gesamte Einrichtung, also zwei Spielstubengruppen und zwei Gruppen für die Grundschullernstube mit je insgesamt 32 Plätzen. Das Bauprojekt wurde für den HH 2019 angemeldet.

Der Baukostenzuschuss wird zu einer deutlichen Reduzierung der Mietkosten führen.

Baukostenzuschuss: € 2.735.000,-- bei IPNr.:

³ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 54ff

⁴ Im Bestands- und Planungsbericht 2018 wird das Projekt als „Spielstube GBW2 Hans-Geiger-Str.“ geführt. Alle 32 geplanten Plätze werden im Bericht mit dem Ziel der Aktualität des Berichts als schon beschlossene Plätze geführt, da sie im Oktober 2018 in JHA und Stadtrat eingebracht werden.

⁵ Vgl. Stadt Erlangen, Statistik und Stadtforschung (2018): Sozialmonitoring 2018 der Stadt Erlangen, S. 9

⁶ In der Expertenbefragung für die Bedarfsplanung 2017 hat sich gezeigt, dass im November 2017 zwar von den Einrichtungen der Bedarf an integrativen Plätzen gesehen wurde, diese aber nicht umgesetzt waren (vgl. S. 139).

Sachkosten:	€ 245.000,--	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten Miete	€ noch nicht bezifferbar	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen (FAG-Förderung)	€ <u>2.462.000,--</u>	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bedarf von zusätzlichen 16 Betreuungsplätzen in der Spielstube im Kindergartenplanungsbezirk 08-Innenstadt III (Rathenau) wird bestätigt.
2. Der aufgezeigte Weg, Bauträger errichtet die Räumlichkeiten, Stadt mietet an, soll weiter verfolgt werden.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 14

512/058/2018

Bedarfsanerkennung für eine Kindertageseinrichtung mit 24 Krippen- und 50 Kindergartenplätzen; Neubau durch die GBW-Gruppe im Stadtteil Rathenau; Hans-Geiger-Straße

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Fortführung der Ausbauplanung im Stadtteil Rathenau (*U3-Planungsbezirk: G-Röthelheim und Südgelände / Kindergartenplanungsbezirk: 8-Innenstadt III*) um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Vorschulalter zu gewährleisten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Zuge einer Großmodernisierung des Wohnareals in der Hans-Geiger-Straße beabsichtigt die GBW-Gruppe den Bau einer viergruppigen Kindertageseinrichtung, in der zwei Kinderkrippengruppen (je zwölf Plätze) und zwei Kindergartengruppen (je 25 Plätze) untergebracht werden sollen. Die GBW-Gruppe plant die Betriebsträgerschaft der Kindertagesstätte in freie Trägerschaft zu übergeben.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einschätzung der Jugendhilfeplanung:

U3-Alter

Im U3-Planungsbezirk G-Röthelheim und Südgelände stehen für 680 unter dreijährige Kinder (Stand 31.12.2017) 460 Betreuungsplätze zur Verfügung. Dabei werden insgesamt 427 Plätze in 12 Kinderkrippen und 33 in der Kindertagespflege angeboten. Die lokale Versorgungsquote liegt mit 67,6% (stadtweit 42,4%) im Bereich des kleinräumigen Zielkorridors von über 50% Versorgungsquote (stadtweit ca. 45 bis 50%).

Die Kinderzahlprognose erwartet 731 U3-Kinder für das Jahr 2025 in diesem Planungsbezirk, was einen Anstieg um ca. 8% bedeutet. Stadtweit leben aktuell 3363 U3-Kinder, bis zum Jahre 2033 werden 3484 Kinder erwartet (Anstieg um ca. 4%). Entsprechende kleinräumige Daten für die einzelnen Planungsbezirke liegen für das Jahr 2033 noch nicht vor.

Der Stadtrat hat 2017 einen Ausbau von 180 bis 360 U3-Plätzen stadtweit beschlossen. Dabei sind ca. 24 bis 60 Plätze für den Planungsbezirk G-Röthelheim und Südgelände vorgesehen. Das Jugendamt schlägt dem Stadtrat für 2018 einen Bedarfsbeschluss analog dem Jahre 2017 vor (Vorlage 51/162/2018).⁷

Neben den 24 geplanten Plätzen im Neubau der GBW-Gruppe⁸ sind für den Planungsbezirk bereits 24 zusätzliche Plätze in der Krippe BBGZ Hartmannstr. beschlossen. Bei Realisierung dieser Plätze würde die Versorgungsquote im Planungsbezirk bei ca. 69% liegen.

Mit Stand 07.09.2018 waren insgesamt 96 neue U3-Plätze konkret beschlossen. Dies entspricht⁹ einem Anteil von etwa der Hälfte der vom Stadtrat 2017 beschlossenen Untergrenze von 180 neuen U3-Plätzen und ca. einem Viertel der beschlossenen Obergrenze von 360 Plätzen.

Die Realisierung der 24 Krippenplätze im Neubau der GBW-Gruppe in der Hans-Geiger-Str. wird daher als bedarfsnotwendig gesehen.

Kindergartenalter

Der Standort der geplanten Kindertageseinrichtung wird im Kindergartenalter dem Planungsbezirk 08-Innenstadt III zugerechnet. In diesem Planungsbezirk stehen für 146 Kindergartenkinder aktuell 125 Betreuungsplätze zur Verfügung. Davon werden 50 im Kindergarten St. Bonifaz und 75 im Kindergarten St. Matthäus angeboten. Die kleinräumige Versorgungsquote liegt mit 85,6% unter dem städtischen Durchschnitt von 99,7%. In der Expertenbefragung 2017 wurde deutlich, dass viele im Planungsbezirk wohnende Kinder in angrenzenden Planungsbezirken betreut werden.¹⁰

Die Kinderzahlprognose erwartet im Planungsbezirk 08-Innenstadt III 176 Kindergartenkinder im Jahre 2025. Dies entspricht einem Anstieg von ca. 41%. Für das Jahr 2033 liegen noch keine entsprechenden kleinräumigen Daten vor, stadtweit wird ein Anstieg von aktuell 3470 auf 3712 Kindergartenkinder (plus von ca. 8%) vorhergesagt.

⁷ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 23ff

⁸ Im Bestands- und Planungsbericht 2018 wird das Projekt als „Kiga GBW2 Hans-Geiger-Str.“ geführt. Die in diesem Kindergarten geplanten Plätze und alle 32 Plätze der Spielstube GBW2 Hans-Geiger-Str. werden im Bericht mit dem Ziel der Aktualität des Berichts als schon beschlossene Plätze geführt. Sie werden im Oktober 2018 in JHA und Stadtrat eingebracht.

⁹ Noch ohne Berücksichtigung der im Oktober 2018 in den Stadtrat eingebrachten neuen U3-Betreuungsplätze in Herz-Jesu, Albertus-Magnus und der Krippe GBW2 Hans-Geiger-Str.

¹⁰ Expertenbefragung 2017, S. 100

Der Stadtrat hat 2017 den Ausbau von ca. 535 neuen Kindergartenplätzen beschlossen. Dabei sind ca. 50 für den Planungsbezirk Innenstadt III vorgesehen. Die Verwaltung schlägt dem Stadtrat für 2018 einen stadtweiten Bedarfsbeschluss analog dem Jahre 2017 vor (Vorlage 51/162/2018).¹¹

Im Planungsbezirk 08-Innenstadt III sind im Kindergartenalter neben den geplanten 50 Plätzen im Neubau der GBW-Gruppe bereits 16 Plätze einer Spielstübengruppe beschlossen. Eine zusätzliche Spielstübengruppe (16 Plätze) wird dem Stadtrat im Oktober 2018 zur Bedarfsanerkennung vorgeschlagen (Vorlage 511/062/2018).¹²

Mit Stand 07.09.2018 waren stadtweit insgesamt 379 neue Kindergartenplätze konkret in Planung. Dies entspricht¹³ einem Anteil von über zwei Drittel der vom Stadtrat 2017 beschlossenen 535 zusätzlichen Kindergartenplätze.

Die Schaffung von 50 zusätzlichen Kindergartenplätzen im Neubau der GBW-Gruppe in der Hans-Geiger-Str. und der 32 Spielstübentplätze werden als bedarfsnotwendig gesehen. Der Bedarf besteht stadtweit und im Planungsbezirk besteht aufgrund der sozialen Belastungslage¹⁴ ein Bedarf an der Schaffung von integrativen Betreuungsplätzen¹⁵ und Spielstübentplätzen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die geplante Kindertagesstätte soll auf Grundlage des vierten Sonderinvestitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ (viertes SIP) finanziert werden. Um die Schaffung von U3- und Kindergarten-Plätzen schnell und intensiv voranzutreiben, können bis zu 90% der zuwendungsfähigen Ausgaben durch die Regierung Mittelfranken gegenüber der Stadt Erlangen refinanziert werden (regulärer FAG-Fördersatz 55% + viertes SIP 35%).

Aufgrund der hohen Refinanzierung durch die Regierung hat die Stadt Erlangen gegenüber dem Bauträger die Möglichkeit einen Baukostenzuschuss i. H. v. 100% der förderfähigen Kosten zu gewährleisten. Hintergrund ist, dass bei Baumaßnahmen die im Rahmen des vierten SIP abgewickelt werden, die Anwendung des Erlanger Grundsatzbeschluss über die 80%-ige Förderung (55% FAG-Fördersatz + 25% freiwilliger Zuschuss der Stadt Erlangen) außer Kraft gesetzt wird. Dafür erhält der Träger zusätzlich zu den Mitteln der Regierung einen städtischen Zuschuss von 10% der förderfähigen Kosten, das heißt: Regulärer FAG-Fördersatz 55% + viertes SIP 35% + 10% Stadt Erlangen = 100% Förderung der zuwendungsfähigen Kosten (Vorlagennummer: 512/043/2017).

Aufgrund der Befristung des vierten SIP, muss der Förderantrag bis spätestens 31. August 2019 bei der Regierung eingereicht und die Baumaßnahme bis 30. Juni 2022 abgeschlossen sein. Nach aktuellen Informationen ist der Baubeginn im Jahr 2019 und die Fertigstellung für Ende 2021 geplant.

Nach einer aktuellen Berechnung ergibt sich für zwei Krippen- und zwei Kindergartengruppen eine förderfähige Hauptnutzfläche von rd. 440 qm. Bei dem aktuellen Kostenrichtwert von

¹¹ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 54ff

¹² Im Bestands- und Planungsbericht 2018 wird das Projekt als „Krippe GBW2 Hans-Geiger-Str.“ geführt. Die Plätze werden im Bericht mit dem Ziel der Aktualität des Berichts als schon beschlossene Plätze geführt, da sie im Oktober 2018 in JHA und Stadtrat eingebracht werden.

¹³ Noch ohne Berücksichtigung der im Oktober 2018 in den Stadtrat eingebrachten neuen Kiga-Betreuungsplätze in Herz-Jesu, Albertus-Magnus, der Spielstube GBW2 und dem Kiga GBW2 Hans-Geiger-Str.

¹⁴ Vgl. Stadt Erlangen, Statistik und Stadtforschung (2018): Sozialmonitoring 2018 der Stadt Erlangen, S. 9

¹⁵ In der Expertenbefragung für die Bedarfsplanung 2017 hat sich gezeigt, dass im November 2017 zwar von den Einrichtungen der Bedarf an integrativen Plätzen gesehen wurde, diese aber nicht umgesetzt waren (vgl. S. 139)

4.455 €/qm ergäbe sich ein Fördervolumen von 1.960.200 € (Anteil Regierung 1.764.180 € + Anteil Stadt Erlangen 196.020 €).

Hierbei handelt es sich jedoch nur um erste Grobrechnungen, die konkreten Summen können erst im Rahmen der Planung und im Zusammenwirken mit der Regierung Mittelfranken ermittelt werden.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bedarf von zwei Kinderkrippengruppen mit insgesamt 24 Plätzen und zwei Kindergartengruppen mit insgesamt 50 Plätzen für den Neubau der GBW-Gruppe in der Hans-Geiger-Straße im Stadtteil Rathenau (*U3-Planungsbezirk: G-Röthelheim und Südgelände/ Kindergartenplanungsbezirk: 8-Innenstadt III*) wird als bedarfsnotwendig anerkannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt voranzutreiben und den Jugendhilfeausschuss (JHA) über den weiteren Planungsstand zu informieren.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 15

512/059/2018

Bedarfsanerkennung für 12 Krippen- und 50 Kindergartenplätze im katholischen Kindergarten Albertus Magnus im Stadtteil Frauenaarach

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Fortführung der Ausbauplanung im Stadtteil Frauenaaurach (*U3-Planungsbezirk: H-Südwest/ Kindergartenplanungsbezirk: 12-Frauenaaurach*) um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Vorschulalter zu gewährleisten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die katholische Kirchenstiftung St. Albertus Magnus plant eine Generalsanierung ihres Kindergartens in der in der Nelly-Sachs-Straße 1 in 91056 Erlangen (*U3-Planungsbezirk: H-Südwest/ Kindergartenplanungsbezirk: 12-Frauenaaurach*). Der Kindergarten wurde im Jahr 1961 in Betrieb genommen und ist dementsprechend sanierungsbedürftig. Derzeit ist an diesem Standort eine Kindergartengruppe mit 25 Plätzen untergebracht, die im Zuge dieser Generalsanierung um eine weitere Kindergartengruppe mit 25 Plätzen sowie eine Kinderkrippengruppe mit 12 Plätzen erweitert werden soll.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einschätzung der Jugendhilfeplanung:

U3-Alter

Im U3-Planungsbezirk H-Südwest stehen mit Datenstand des Bestands- und Planungsberichts Kindertagesbetreuung 2018 für 170 unter dreijährige Kinder (Stand 31.12.2017) 51 Betreuungsplätze zur Verfügung. Dabei werden 12 Plätze in der Kinderkrippe „Kriegenbrunner Fröschla“ (Kriegenbrunn), 24 Plätze in der Kinderkrippe „Löwenzahn“ (Frauenaaurach) und 15 Plätze in der Kindertagespflege angeboten. Die lokale Versorgungsquote liegt mit 30,0% (stadtweit 42,4%) an der unteren Grenze des kleinräumigen Zielkorridors von 30 bis 35% Versorgungsquote (stadtweit ca. 45 bis 50%).

Die Kinderzahlprognose erwartet 137 U3-Kinder für das Jahr 2025 in diesem Planungsbezirk, was einen Rückgang von ca. 19% bedeutet. Stadtweit leben aktuell 3363 U3-Kinder, bis zum Jahre 2033 werden 3484 Kinder erwartet (Anstieg um ca. 4%). Entsprechende kleinräumige Daten für die einzelnen Planungsbezirke liegen für das Jahr 2033 noch nicht vor.

Der Stadtrat hat 2017 einen Ausbau von 180 bis 360 U3-Plätzen stadtweit beschlossen. Dabei sind bis zu 12 Plätze für den Planungsbezirk H-Südwest vorgesehen. Das Jugendamt schlägt dem Stadtrat für 2018 einen Bedarfsbeschluss analog dem Jahre 2017 vor (Vorlage 51/162/2018).¹⁶

Neben den 12 geplanten Krippenplätzen im Kindergarten Albertus-Magnus sind im U3-Planungsbezirk keine weiteren neuen Plätze beschlossen. Bei Realisierung der 12 Krippenplätze würde die Versorgungsquote im Planungsbezirk im Jahr 2025 bei ca. 39%¹⁷ liegen und damit knapp über dem lokalen Bedarfskorridor liegen. Kleinräumige Prognosen für die Versorgungsquote im Jahre 2033 sind noch nicht möglich.

Mit Stand 07.09.2018 waren insgesamt 96 neue U3-Plätze konkret beschlossen. Dies entspricht¹⁸ einem Anteil von etwa der Hälfte der vom Stadtrat 2017 beschlossenen Untergrenze von 180 neuen U3-Plätzen und ca. einem Viertel der beschlossenen Obergrenze von 360 Plätzen.

¹⁶ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 23ff

¹⁷ Diese für das Jahr 2015 prognostizierte Versorgungsquote ist bereits aktueller als die Datenlage im Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018. Hier ist berücksichtigt, dass 5 Plätze der Kindertagespflege bereits im Laufe des Jahres 2018 weggefallen sind und weitere fünf Plätze in absehbarer Zeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Neuplätze in der Kindertagespflege sind in diesem U3-Planungsbezirk nicht in Sicht.

¹⁸ Noch ohne Berücksichtigung der im Oktober 2018 in den Stadtrat eingebrachten neuen U3-Betreuungsplätze in Herz-Jesu, Albertus-Magnus und der Krippe GBW2 Hans-Geiger-Str.

Die Realisierung der 12 Krippenplätze in der Kindertageseinrichtung Albertus-Magnus wird als bedarfsnotwendig gesehen, da der Bedarf stadtweit besteht.

Kindergartenalter

Der Kindergarten Albertus-Magnus wird in der Bedarfsplanung für das Kindergartenalter dem Planungsbezirk 12-Frauenaurach zugerechnet. In diesem Planungsbezirk stehen für 128 Kindergartenkinder aktuell 90 Betreuungsplätze zur Verfügung. Davon werden bisher schon 25 im Kindergarten Albertus-Magnus und 65 im Haus für Kinder „Löwenzahn“ angeboten. Die kleinräumige Versorgungsquote ist mit 70,3% im städtischen Vergleich der Kindergartenplanungsbezirke am niedrigsten (städtischer Durchschnitt 99,7%). Mit 129% Versorgungsquote im Planungsbezirk 13-Kriegenbrunn und 132,9% in 14-Büchenbach-Dorf sind die benachbarten Planungsbezirke im stadtweiten Vergleich gut versorgt. In der Expertenbefragung 2017 wurde deutlich, dass einige der in Frauenaurach lebenden Kinder in anderen Planungsbezirken, insbesondere in 13-Kriegenbrunn, betreut werden.¹⁹

Die Kinderzahlprognose erwartet im Planungsbezirk 12-Frauenaurach 123 Kindergartenkinder im Jahre 2025. Dies entspricht einem Rückgang von ca. 4%. Für das Jahr 2033 liegen noch keine entsprechenden kleinräumigen Daten vor, stadtweit wird ein Anstieg von aktuell 3470 auf 3712 Kindergartenkinder (plus von ca. 8%) vorhergesagt.

Der Stadtrat hat 2017 den Ausbau von ca. 535 neuen Kindergartenplätzen beschlossen. Dabei sind ca. 50 für den Planungsbezirk 12-Frauenaurach vorgesehen. Die Verwaltung schlägt dem Stadtrat für 2018 einen stadtweiten Bedarfsbeschluss analog dem Jahre 2017 vor (Vorlage 51/162/2018).²⁰

Im Planungsbezirk 12-Frauenaurach sind im Kindergartenalter neben den geplanten 25 zusätzlichen Plätzen keine weiteren Betreuungsplätze beschlossen.²¹ Bei Realisierung der 25 Kindergartenplätze würde die Versorgungsquote im Planungsbezirk im Jahr 2025 bei ca. 93%²² liegen. Kleinräumige Prognosen für die Versorgungsquote im Jahre 2033 sind noch nicht möglich.

Mit Stand 07.09.2018 waren stadtweit insgesamt 379 neue Kindergartenplätze konkret in Planung. Dies entspricht²³ einem Anteil von über zwei Drittel der vom Stadtrat 2017 beschlossenen 535 zusätzlichen Kindergartenplätze.

Die bestehenden 25 Kindergartenplätze im Kindergarten Albertus-Magnus sowie die 25 zusätzlichen Plätze in diesem Kindergarten sind bedarfsnotwendig.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Bei der Kostenermittlung gilt zu beachten, dass die Kosten für die Generalsanierung und die geplante Platzvergrößerung durch zwei verschiedene Förderprogramme bezuschusst werden und getrennt voneinander zu behandeln sind. Die Generalsanierung soll nach den regulären Förderrichtlinien (siehe 4.1) und die geplante Platzneuschaffung auf Grundlage des vierten Sonderinvestitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ (siehe 4.2) finanziert werden.

¹⁹ Expertenbefragung 2017, S. 104

²⁰ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 54ff

²¹ Im Bestands- und Planungsbericht 2018 konnten die 25 zusätzlichen Plätze in Albertus-Magnus noch nicht berücksichtigt werden.

²² Diese für das Jahr 2015 prognostizierte Versorgungsquote ist bereits aktueller als die Datenlage im Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018.

²³ Noch ohne Berücksichtigung der im Oktober 2018 in den Stadtrat eingebrachten neuen Kiga-Betreuungsplätze in Herz-Jesu, Albertus-Magnus, der Spielstube GBW2 und dem Kiga GBW2 Hans-Geiger-Str.

4.1 Kosten der Generalsanierung

Die Finanzierung der Generalsanierung soll nach dem Erlanger Grundsatzbeschluss (Vorlage Nr. 512/116/2014/1) erfolgen. Demnach wird dem Träger ein Zuschuss der Stadt Erlangen in Höhe von 80% der förderfähigen Kosten in Aussicht gestellt. Derzeit wird von einer Gesamtfördersumme an den Träger i. H. v. rd. 460.000 € ausgegangen. Diese Summe teilt sich in einen Anteil der Regierung in Höhe von rd. 253.000 € und in einen Anteil der Stadt Erlangen in Höhe von 207.000 € auf.

4.2 Kosten der Platzneuschaffung

Um die Schaffung von U3- und Kindergartenplätzen schnell und intensiv voranzutreiben, können aktuell bis zu 90% der zuwendungsfähigen Ausgaben durch die Regierung Mittelfranken gegenüber der Stadt Erlangen refinanziert werden (regulärer FAG-Fördersatz 55% + viertes SIP 35%).

Aufgrund der hohen Refinanzierung durch die Regierung hat die Stadt Erlangen gegenüber dem Bauträger die Möglichkeit einen Baukostenzuschuss i. H. v. 100% der förderfähigen Kosten in Aussicht zu stellen. Hintergrund ist, dass bei Baumaßnahmen die im Rahmen des vierten SIP abgewickelt werden, die Anwendung des Erlanger Grundsatzbeschluss über die 80%-ige Förderung (55% FAG-Fördersatz + 25% freiwilliger Zuschuss der Stadt Erlangen) außer Kraft gesetzt wird. Dafür erhält der Träger zusätzlich zu den Mitteln der Regierung einen städtischen Zuschuss von 10% der förderfähigen Kosten, das heißt: Regulärer FAG-Fördersatz 55% + viertes SIP 35% + 10% Stadt Erlangen = 100% Förderung der zuwendungsfähigen Kosten (Vorlagennummer: 512/043/2017).

Nach einer aktuellen Berechnung ergibt sich für die Neuschaffung der Krippen- und Kindergartengruppe eine förderfähige Hauptnutzfläche von rd. 246 qm. Bei dem aktuellen Kostenrichtwert von 4.455 €/qm ergäbe sich ein Fördervolumen von 1.095.930 € (Anteil Regierung 986.337 € + Anteil Stadt Erlangen 109.593 €).

Die Kostenaufteilung der verschiedenen Förderungen sind in der folgenden Übersicht nochmals zusammengefasst:

Kostengruppe	Fördersumme Gesamt (Träger)	Förderanteil Regierung	Förderanteil Stadt Erlangen
Generalsanierung	460.000 €	253.000 €	207.000 €
Platzneuschaffung	1.095.930 €	986.337 €	109.593 €
Summe	1.555.930 €	1.239.337 €	316.593 €

Tab. 1: Übersicht zur Verteilung der Fördermittel

Bei den veranschlagten Kosten der Generalsanierung und der Platzneuschaffung handelt es sich lediglich um erste Grobrechnungen, die konkreten Summen können erst im Rahmen der Planung und im Zusammenwirken mit der Regierung Mittelfranken ermittelt werden.

Aufgrund der Befristung des vierten SIP, muss der Förderantrag bis spätestens 31. August 2019 bei der Regierung eingereicht und die Baumaßnahme bis 30. Juni 2022 abgeschlossen sein. Nach aktuellen Informationen ist der Baubeginn im Jahr 2019 und die Fertigstellung für Ende 2021 geplant.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Im Rahmen einer Generalsanierung des katholischen Kindergartens Albertus Magnus, Nelly-Sachs-Straße 1, werden die bereits bestehenden 25 Kindergartenplätze weiterhin als bedarfsnotwendig anerkannt. Zusätzlich wird im Rahmen der Generalsanierung die Neuschaffung einer zusätzlichen Krippengruppe mit insgesamt zwölf Plätzen (*U3-Planungsbezirk H-Südwest*) sowie die Neuschaffung einer weiteren Kindergartengruppe mit insgesamt 25 Plätzen (*Kindergartenplanungsbezirk 12-Frauenaarach*) als bedarfsnotwendig anerkannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt voranzutreiben und den Jugendhilfeausschuss (JHA) über den weiteren Planungsstand zu informieren.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 16

512/060/2018

Bedarfsanerkennung für 5 Krippen-, 85 Kindergartenplätze und 38 Plätze für Kinder im Grundschulalter im katholischen Kindergarten Herz Jesu (Innenstadt)

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Fortführung der Ausbauplanung im Innenstadtbereich (*U3-Planungsbezirk: D-Zentrum & Nordost/ Kindergartenplanungsbezirk: 01-Innenstadt*) um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Vorschulalter zu gewährleisten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die katholische Kirchenstiftung Herz Jesu Erlangen plant eine Generalsanierung ihres Kinderhauses in der in der Harfenstraße 21 in 91052 Erlangen (*U3-Planungsbezirk: D-Zentrum & Nordost/ Kindergartenplanungsbezirk: 1-Innenstadt*). An diesem Standort sind zwei Kinderkrippengruppen mit insgesamt 24 Plätzen und drei Kindergartengruppen mit insgesamt 75 Plätzen untergebracht, die im Zuge dieser Generalsanierung um eine weitere Kleinkindgruppe mit fünf Plätzen für unter Dreijährige sowie zehn Kindergartenplätzen erweitert werden soll.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einschätzung der Jugendhilfeplanung:

U3-Alter

Im U3-Planungsbezirk D-Zentrum & Nordost stehen mit Datenstand des Bestands- und Planungsberichts Kindertagesbetreuung 2018 für 701 unter dreijährige Kinder (Stand 31.12.2017) 210 Betreuungsplätze zur Verfügung. Dabei werden 198 Plätze in Kinderkrippen (davon bisher schon 24 in der Kinderkrippe Herz-Jesu) und 12 Plätze in der Kindertagespflege angeboten. Die lokale Versorgungsquote liegt mit 30,0% (stadtweit 42,4%) unter dem lokalen Bedarfskorridor von ca. 45 bis 50% Versorgungsquote (stadtweit ca. 45 bis 50%).

Die Kinderzahlprognose erwartet 676 U3-Kinder für das Jahr 2025 in diesem Planungsbezirk, was einen Rückgang von ca. 4% bedeutet. Stadtweit leben aktuell 3363 U3-Kinder, bis zum Jahre 2033 werden 3484 Kinder erwartet (Anstieg um ca. 4%). Entsprechende kleinräumige Daten für die einzelnen Planungsbezirke liegen für das Jahr 2033 noch nicht vor.

Der Stadtrat hat 2017 einen Ausbau von 180 bis 360 U3-Plätzen stadtweit beschlossen. Dabei sind 96 bis 144 Plätze für den Planungsbezirk D-Zentrum & Nordost vorgesehen. Das Jugendamt schlägt dem Stadtrat für 2018 einen Bedarfsbeschluss analog dem Jahre 2017 vor (Vorlage 51/162/2018).²⁴

Neben den 5 zusätzlich geplanten Krippenplätzen in der Kinderkrippe Herz-Jesu sind im U3-Planungsbezirk D-Zentrum & Nordost keine weiteren neuen Plätze beschlossen²⁵. Bei

²⁴ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 23ff

²⁵ Im Bestands- und Planungsbericht 2018 konnten die 5 zusätzlichen U3-Plätze in Herz-Jesu noch nicht berücksichtigt werden.

Realisierung der 5 Krippenplätze würde die Versorgungsquote im Planungsbezirk im Jahr 2025 bei ca. 32% und damit weiterhin unter dem lokalen Bedarfskorridor liegen. Kleinräumige Prognosen für die Versorgungsquote im Jahre 2033 sind noch nicht möglich.

Mit Stand 07.09.2018 waren insgesamt 96 neue U3-Plätze konkret beschlossen. Dies entspricht²⁶ einem Anteil von etwa der Hälfte der vom Stadtrat 2017 beschlossenen Untergrenze von 180 neuen U3-Plätzen und ca. einem Viertel der beschlossenen Obergrenze von 360 Plätzen.

Die Realisierung der 5 neuen Krippenplätze und die Beibehaltung der bisherigen 24 Krippenplätze in der Kinderkrippe Herz-Jesu sind bedarfsnotwendig. Der Bedarf besteht kleinräumig und stadtweit.

Kindergartenalter

Der Kindergarten Herz-Jesu wird in der Bedarfsplanung für das Kindergartenalter dem Planungsbezirk 01-Innenstadt I zugerechnet. In diesem Planungsbezirk stehen für 155 Kindergartenkinder aktuell 140 Betreuungsplätze zur Verfügung. Davon werden bisher schon 75 im Kindergarten Herz-Jesu und zusammen 65 in zwei weiteren Kindergärten angeboten. Die kleinräumige Versorgungsquote liegt mit 90,3% unter dem städtischen Durchschnitt (99,7%).

Die Kinderzahlprognose erwartet im Planungsbezirk 01-Innenstadt I eine fast gleichbleibende Zahl an Kindergartenkindern (153) im Jahre 2025. Für das Jahr 2033 liegen noch keine entsprechenden kleinräumigen Daten vor, stadtweit wird ein Anstieg von aktuell 3470 auf 3712 Kindergartenkinder (plus von ca. 8%) vorhergesagt.

Der Stadtrat hat 2017 den Ausbau von ca. 535 neuen Kindergartenplätzen beschlossen. Dabei sind ca. 25 für den Planungsbezirk 01-Innenstadt I vorgesehen. Die Verwaltung schlägt dem Stadtrat für 2018 einen stadtweiten Bedarfsbeschluss analog dem Jahre 2017 vor (Vorlage 51/162/2018).²⁷

Im Planungsbezirk 01-Innenstadt I sind im Kindergartenalter neben den geplanten 10 zusätzlichen Plätzen im Kindergarten Herz-Jesu keine weiteren Betreuungsplätze konkret beschlossen.²⁸ Bei Realisierung der 10 Kindergartenplätze würde die Versorgungsquote im Planungsbezirk im Jahr 2025 bei ca. 98% liegen. Kleinräumige Prognosen für die Versorgungsquote im Jahre 2033 sind noch nicht möglich.

Mit Stand 07.09.2018 waren stadtweit insgesamt 379 neue Kindergartenplätze konkret in Planung. Dies entspricht²⁹ einem Anteil von über zwei Drittel der vom Stadtrat 2017 beschlossenen 535 zusätzlichen Kindergartenplätze.

Die bestehenden 75 Kindergartenplätze im Kindergarten Herz-Jesu sowie die 10 zusätzlichen Plätze in diesem Kindergarten sind bedarfsnotwendig.

Grundschulalter

Für 328 GrundschülerInnen an der Loschge-Schule im Schuljahr 2017/18 stehen 277 Betreuungsplätze zur Verfügung. 167 werden in Einrichtungen der Jugendhilfe (davon 38 in der Schulkindbetreuung im Kindergarten Herz-Jesu) und 110 in der Mittagsbetreuung der Schule angeboten. Die schulbezogene Versorgungsquote liegt mit 84,5% unter dem stadtweiten Durchschnitt von 87,8%.

²⁶ Noch ohne Berücksichtigung der im Oktober 2018 in den Stadtrat eingebrachten neuen U3-Betreuungsplätze in Herz-Jesu, Albertus-Magnus und der Krippe GBW2 Hans-Geiger-Str.

²⁷ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 54ff

²⁸ Im Bestands- und Planungsbericht 2018 konnten die 10 zusätzlichen Kindergartenplätze in Herz-Jesu noch nicht berücksichtigt werden.

²⁹ Noch ohne Berücksichtigung der im Oktober 2018 in den Stadtrat eingebrachten neuen Kiga-Betreuungsplätze in Herz-Jesu, Albertus-Magnus, der Spielstube GBW2 und dem Kiga GBW2 Hans-Geiger-Str.

An der Loschge-Schule wird in den nächsten Jahren eine relativ gleichbleibende Zahl an Grundschulkindern erwartet³⁰. Es liegen der Jugendhilfeplanung keine Informationen darüber vor, dass konkret geplant ist, die Ganztagesesschule einzuführen oder Plätze in der Mittagsbetreuung oder einer Einrichtung der Jugendhilfe auszubauen. Somit wäre zum Schuljahr 2023/24 mit einer schulbezogenen Versorgungsquote mit ca. 85% zu rechnen. Ob und ggf. welcher Ausbaubedarf besteht, wird sich im Rahmen der Entwicklung der Bedarfskorridore im Grundschulalter zeigen.³¹

Die bestehenden 38 Betreuungsplätze für Kinder im Grundschulalter im Kindergarten Herz-Jesu sind weiterhin bedarfsnotwendig.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Bei der Kostenermittlung gilt zu beachten, dass die Kosten für die Generalsanierung und die geplante Platzenerweiterung durch zwei verschiedene Förderprogramme bezuschusst werden und getrennt voneinander zu behandeln sind. Die Generalsanierung soll nach den regulären Förderrichtlinien (siehe 4.1) und die geplante Platzneuschaffung auf Grundlage des vierten Sonderinvestitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ (siehe 4.2) finanziert werden.

4.1 Kosten der Generalsanierung

Die Finanzierung der Generalsanierung soll nach dem Erlanger Grundsatzbeschluss (Vorlage Nr. 512/116/2014/1) erfolgen. Demnach wird dem Träger ein Zuschuss der Stadt Erlangen in Höhe von 80% der förderfähigen Kosten in Aussicht gestellt. Derzeit wird von einer Gesamtförderung für den Träger i. H.v. rd. 2.215.000 € ausgegangen. Diese Summe teilt sich in einen Anteil der Regierung in Höhe von 1.218.250 € und einen Anteil Stadt Erlangen in Höhe von 996.750 €.

4.2 Kosten der Platz Neuschaffung

Um die Schaffung von U3- und Kindergartenplätzen schnell und intensiv voranzutreiben, können bis zu 90% der zuwendungsfähigen Ausgaben durch die Regierung Mittelfranken gegenüber der Stadt Erlangen refinanziert werden (regulärer FAG-Fördersatz 55% + viertes SIP 35%).

Aufgrund der hohen Refinanzierung durch die Regierung hat die Stadt Erlangen gegenüber dem Bauträger die Möglichkeit einen Baukostenzuschuss i. H. v. 100% der förderfähigen Kosten in Aussicht zu stellen. Hintergrund ist, dass bei Baumaßnahmen die im Rahmen des vierten SIP abgewickelt werden, die Anwendung des Erlanger Grundsatzbeschluss über die 80%-ige Förderung (55% FAG-Fördersatz + 25% freiwilliger Zuschuss der Stadt Erlangen) außer Kraft gesetzt wird. Dafür erhält der Träger zusätzlich zu den Mitteln der Regierung einen städtischen Zuschuss von 10% der förderfähigen Kosten, das heißt: Regulärer FAG-Fördersatz 55% + viertes SIP 35% + 10% Stadt Erlangen = 100% Förderung der zuwendungsfähigen Kosten (Vorlagennummer: 512/043/2017).

³⁰ Vgl. Bestands- und Planungsbericht Kindertagesbetreuung 2018, S. 92

³¹ In der Expertenbefragung 2017 haben 60% der Betreuungsangebote im Sprengel, das Angebot im Schulsprengel als „viel zu klein“ oder „zu klein gesehen“ nur 40% als „passend“ eingeschätzt (S. 201).

Nach einer aktuellen Berechnung ergibt sich für die Neuschaffung der Kleinkindgruppe eine förderfähige Hauptnutzfläche von rd. 136 qm. Bei dem aktuellen Kostenrichtwert von 4.455 €/qm ergäbe sich ein Fördervolumen von 605.880 € (Anteil Regierung 545.292 € + Anteil Stadt Erlangen 60.588 €).

Die Kosten der verschiedenen Förderrichtlinien sind in der folgenden Übersicht nochmals zusammengefasst:

Kostengruppe	Fördersumme Gesamt (Träger)	Förderanteil Regierung	Förderanteil Stadt Erlangen
Generalsanierung	2.215.000 €	1.218.250 €	996.750 €
Platzneuschaffung	605.880 €	545.292 €	60.588 €
Gesamt:	2.820.880 €	1.763.542 €	1.057.338 €

Tab 1.: Übersicht zur Aufteilung der Gesamtförderung

Bei den veranschlagten Kosten für die Generalsanierung und die Platzneuschaffung handelt es sich lediglich um erste Grobrechnungen, die konkreten Summen können erst im Rahmen der Planung und im Zusammenwirken mit der Regierung Mittelfranken ermittelt werden.

Aufgrund der Befristung des vierten SIP, muss der Förderantrag bis spätestens 31. August 2019 bei der Regierung eingereicht und die Baumaßnahme bis 30. Juni 2022 abgeschlossen sein. Nach aktuellen Informationen ist der Baubeginn im Jahr 2019 und die Fertigstellung für Ende 2021 geplant.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Im Rahmen einer Generalsanierung des katholischen Kindergartens Herz Jesu in der Harfenstraße 21, werden die bereits bestehenden 75 Kindergartenplätze und 38 Schulkindbetreuungsplätze weiterhin als bedarfsnotwendig anerkannt. Zusätzlich wird im Rahmen der Generalsanierung die Neuschaffung einer zusätzlichen Kleinkindgruppe mit insgesamt fünf Plätzen für Kinder unter drei Jahren zehn Kindergartenplätzen als bedarfsnotwendig anerkannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt voranzutreiben und den Jugendhilfeausschuss (JHA) über den weiteren Planungsstand zu informieren.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 17

55/023/2018

Festsetzung der Kosten der Unterkunft 2018 im Stadtgebiet Erlangen

Sachbericht:

Die Festsetzung der Mietobergrenzen (angemessenen Miete) für den Geltungsbereich des SGB II ist Aufgabe der Kommune, d.h. der Stadt Erlangen und nicht des Bundesgesetzgebers, da die Verhältnisse auf dem örtlichen Wohnungsmarkt für die Festsetzung der Obergrenzen maßgeblich sind.

Die letzte Festsetzung (Neuermittlung) der Mietobergrenzen erfolgte im Jahre 2014 auf der Grundlage des Mietspiegels 2013. Dieser Mietspiegel wurde 2015 mit Indexwerten (allgemeiner Verbrauchsindex) fortgeschrieben. Da somit kein Nachweis über eine tatsächliche Veränderung des Erlanger Wohnungsmarktes vorlag, erfolgte 2015 auch keine Anpassung der Mietobergrenzen.

Seit Ende des Jahres 2017 liegt nun ein neuer, auf den aktuellen Gegebenheiten des örtlichen Wohnungsmarktes basierender Mietspiegel vor, so dass auch eine Neuermittlung der Mietobergrenzen für die Rechtskreise SGB II und SGB XII veranlasst ist.

Das Thema „Angemessenheit der Unterkunft“ hat seit Einführung des SGB II sowohl die Grundsicherungsträger wie auch die Gerichte in erheblichem Maße in Anspruch genommen und zu zahlreichen Streitverfahren geführt. Besonders hohe Anforderungen stellt die Rechtsprechung an die Erstellung eines sog. „schlüssigen Konzeptes“, welches die Gerichte für die Ermittlung der Mietobergrenzen fordern.

Mit Rundschreiben vom 02.08.2016 gibt das Bay. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen – als die für das Jobcenter zuständige Rechts- und Fachaufsichtsbehörde – umfangreiche Hinweise zur Ermittlung der „Angemessenheit der Kosten der Unterkunft“ und das Erstellen eines schlüssigen Konzeptes.

Die Hinweise im Rundschreiben greifen die aktuellen Entwicklungen in der Rechtsprechung und die Erfahrungen in der Praxis auf. Die nachfolgenden Ausführungen orientieren sich, sowohl was den Inhalt wie die Struktur anbelangt, an diesem Rundschreiben der Aufsichtsbehörde.

Ziel ist es, die Mietobergrenzen für die Stadt Erlangen rechtssicher zu ermitteln und Mietobergrenzen festzusetzen, die es den Leistungsempfängern ermöglichen, auf dem Erlanger Wohnungsmarkt angemessenen Wohnraum tatsächlich anmieten zu können.

Aufgrund der hohen Anforderungen an ein schlüssiges Konzept und des Anspruches auf Übersichtlichkeit wird auf die Ausführungen des beiliegenden Anhangs verwiesen.

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag von Frau StRin Pfister an den Stadtrat verwiesen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 18

612/040/2018

**Entgeltordnung für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reproduktion bei der Stadt Erlangen;
hier: diverse Änderungen und Anpassungen**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Neufassung der aktuell gültigen Entgeltordnung vom 01.12.2016 ist notwendig, weil Veränderungen in der Produktpalette eingetreten sind, sich die Preise für die Produkte rund um das „Stadtplanwerk der mittelfränkischen Städteachse“ verändert haben und sich durch Neukalkulation erhöhte Zeitentgelte ergeben.

Anpassungen/Änderungen in der Entgeltordnung sind in der Anlage in **Rot** eingetragen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Grundsätzliches:

Der „Open-Data“ - Gedanke (EU-INSPIRE-Richtlinie und abgeleitete nationale Geodatenrichtlinien) führt generell dazu, dass Produkte und Dienste der Geoinformation zunehmend häufiger kostenfrei im Netz bereitgestellt werden. Dies geschieht auch im Sinne einer modernen bürgerfreundlichen Kommunalverwaltung. Infolgedessen werden diverse Produkte der Stadt Erlangen bei eigenständigem Download kostenfrei, hingegen bei analoger aber auch digitaler Übermittlung durch die Dienststellen selbst entgeltpflichtig angeboten.

Neuerungen:

Erhöhte Preise ergeben sich in den Zeitentgelten für Personal (rd. + 5%), die sich damit an aktuelle Personalkostensätze (veröffentlicht vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband) anlehnen und auch konform mit den Zeitentgelten bei der Stadt Fürth gehen.

Wesentliche Änderungen ergeben sich bei den Preisen für die Produkte rund um das Stadtplanwerk der mittelfränkischen Städteachse. Hier wurden die Entgelte durch Beschluss in der Arbeitssitzung vom 12.12.2018 um rd. 10% erhöht.

Die Preise für die analogen Ausgaben der Amtlichen Stadtkarte und des Fahrradstadtplans, die jeweils in Neuauflagen noch in 2018 erscheinen werden, werden von 2,50 € auf 3,00 € angehoben; entsprechend auch die Preise für Wiederverkäufer.

Daneben gibt es noch einige redaktionelle Änderungen.

Bestand:

Die Preise für Reproleistungen und Nutzungsentgelte für weitergehende Nutzungen von Kartendaten können stabil gehalten werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Änderungen und Anpassungen in der Entgeltordnung werden durch Beschluss zum 01.11.2018 wirksam.

Mit der aktualisierten Entgeltordnung werden für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reproduktion Mehreinnahmen von rd. 1.500,- € p.a. (ca. + 5%) erwartet.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Änderungen und Anpassungen in der „Entgeltordnung für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reproduktion bei der Stadt Erlangen“ werden durch Beschluss zum 01.11.2018 wirksam.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 19

Anfragen

Protokollvermerk:

Frau StRin Pfister stellt folgenden Anfragen:

1. Sie erkundigt sich, wieso in diesem Jahr kein Plakat für die Wahl des Jugendparlamentes gedruckt wurde. Der Vorsitzende OBM Dr. Janik sagt eine Klärung zu.
2. Sie fragt an, ob die Finanzierung für die Rettungsinsel im nächsten Jahr geklärt ist. Herr berufsm. StR Beugel antwortet, dass ihm keine Probleme bekannt seien.

Sitzungsende

am 17.10.2018, 17:15 Uhr

Der / die Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Janik

Der / die Schriftführer/in:

.....
Winkler

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne Liste-Fraktion:

Für die FDP-Fraktion:

Für die ödp:

Für die FWG: